

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. ...

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanzeige 2 28 41 und 2 28 42.

Die 13. Tagung des Verbandsbeirats.

Siehst du die Brigg dort auf den Wellen, sie steuert falsch, sie treibt herein, lenkt sie nicht augenblicklich ein. Giefbrecht.

Am 18. und 19. Mai tagte der Verbandsausschuß im Volkshaus in Hannover. Tags zuvor war bereits die Statutenberatungskommission zusammengetreten.

Folgende

Tagungsordnung

liegt dem Beirat vor:

- 1. Bericht des Vorsitzenden und des Kassierers. 2. Notmaßnahmen des Verbandes. 3. Lohn- und Tarifbewegungen. 4. Geschäftliche Angelegenheiten.

Der Verbandsvorsitzende

Kollege Thiemig

eröffnet kurz nach 9 Uhr die Sitzung. Er gedenkt der seit dem letzten Verbandstag verstorbenen Mitkämpfer. Die Einberufung des Beirats habe sich nötig gemacht, weil der Münchener Verbandstag die damals schon drohenden Wetterzeichen nicht genügend beachtet und in seinen Beschlüssen die eindringlichen Mahnungen der Verbandsleitung nicht berücksichtigt hat.

Wir befinden uns heute außerdem in einer der Arbeiterchaft gefährlichen zollpolitischen Situation. Grenzstreitfragen bestehen wegen der Torstarbeiter und der Arbeiterchaft in der Kunstseideindustrie.

Rößler, Hauptkassierer,

erstattet anschließend seinen Bericht. Der Einnahmerückgang im Jahre 1931 beträgt 5 1/2 Millionen Mark, gleich 21,3 vom Hundert. 1930 betrugen die Einnahmen nur aus Beiträgen noch 20 Millionen Mark, 1931 aber nur 14 1/2 Millionen Mark.

Wir müssen uns geldlich nicht erschöpfen wollen, damit wir am Abschluß der Wirtschaftskrise und beim Eintritt besserer wirtschaftlicher Verhältnisse in der Lage sind, die unter der Einwirkung der Krise von den Arbeitgeberverbänden erzwungenen Verschlechterungen der tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen rückgängig zu machen.

Schumann (Leipzig)

erstattet den Bericht der Statutenberatungskommission. Einparungen, die wirklich etwas bringen, sind nur möglich bei einem Abbau der Unterhaltungsanstalten mit den größten Ausgabenposten.

Diskussion über die erstatteten Berichte ein. Allgemein wurde die unbedingte Notwendigkeit von Sparmaßnahmen auf den verschiedensten Gebieten betont. Es gab da keinen anderen Ausweg als den vorgenommenen Personal- und Gehaltsabbau und die Herabsetzung der Unterstützungssätze.

Grünzel (Charlottenburg)

sieht in der Wegnahme der Bundesleitung von Berlin einen Rückschritt, denn in Berlin spielen sich fast alle Tarifverhandlungen ab. Wenn die in München genannten Summen für den Keramischen Bund so stark herabgedrückt wurden, so ist doch das ein Erfolg.

Damit ist die Diskussion über die ersten beiden Tagesordnungspunkte abgeschlossen. Die in der vorigen Nummer des "Proletariats" bereits veröffentlichten Statutenänderungen werden hierauf angenommen.

Parfisch (Hannover)

führt darauf zu Punkt 3 der Tagesordnung aus: Die Lohnpolitik ist heiß umstritten als wirtschaftspolitische Maßnahme. Alle Lohn- und Tariffragen sind Nachfragen. Wir sind in letzter Zeit stark abgeklirrt. Die Unternehmer fordern Abbau in allen Punkten.

Parfisch geht dann auf die Lohn- und Tarifbewegungen in unserem Verbandsgebiet ein. In unserem Verbandsgebiet ist nach der 4. Notverordnung ein Lohnabbau erfolgt: für Männer um wöchentlich 4,37 Mk., für Frauen um 2,82 Mk.

Elsner (Berlin), Grobkeramik:

Parfisch hätte uns sagen sollen, wie wir uns dem heutigen fürchterlichen Zustand herankommen. Als damals in der Presse die Arbeitszeitverkürzungspropaganda einsetzte, haben auch Unternehmerkreise sich mit dieser Frage beschäftigten müssen.

Krebs (Berlin):

Wir müssen der Arbeitsbeschaffungsfrage die größte Aufmerksamkeit widmen. Deshalb haben wir auch immer einen gefunden Arbeitszeitregelung das Wort geredet. Ist es nicht ein Aufzug, wenn wir heute noch 5 1/2 Stunden Arbeitszeit anstreben?

Kühn (Waldenburg):

Auch ich bin der Meinung, daß Arbeitszeitverkürzung mit Arbeitsbeschaffung mehr und lebhafter gefordert werden muß. Auch das Krümpersystem ist dabei zu berücksichtigen.

Stähler (Hannover):

Ich würde in der Entschliessung lieber sehen, statt Vierzigstundentage zu sagen Fünftagewoche. Ich bin auch für das Vierstundensystem. Stähler schildert ferner die Vorgänge in der Papierindustrie bei der Tarifgestaltung.

Brandt (Sonneberg):

Im Thüringer Wald sind Tausende von Arbeitern arbeitslos und gehen betteln. Trotzdem haben die Unternehmer versucht, diese Leute aus der Arbeitslosenversicherung herauszubringen.

Woh (Hannover):

Es muß energischer versucht werden, die Reichsregierung umzutellen. Wenn man sich den freiwilligen Arbeitsdienst so vorstellt, daß die Leute unlos arbeiten können, dann ist das ein Schritt.

Margarinekonzernbetrieben die Arbeitszeit bis auf 38 1/2 Stunden heruntergesetzt worden, ohne daß neue Arbeitskräfte eingestellt wurden. Die Arbeitszeitverkürzung hat also keine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt gebracht.

Müller, Hauptkassierer:

Ich weiß, daß Elsner Vertreter der "Grob"-Keramik ist. Das ist aber kein Grund, auch groß zu sein. Für das Verbandsgebiet können wir nicht besondere Arbeitsbeschaffungsprogramme aufstellen.

Haupt (Hannover), Chemie:

Wir haben selbstverständlich Stellung genommen zur Arbeitszeitfrage und Sonntagsarbeit in der chemischen Industrie. Als dann die Arbeiterentlassungen einsetzten, haben die Unternehmer die Arbeitszeit verkürzt, um nicht zu viele gut eingearbeitete Kräfte zu verlieren.

Grafe (Dresden):

Haupt hat gesagt, in der Urlaubslänge sei nichts verändert. Das stimmt aber nicht nach dem Wortlaut der Ziffer 3 des Vertrages.

Thiemig, Hauptvorstand:

Der Hauptvorstand hat sich selbstverständlich mit der Frage der Arbeitsbeschaffung befaßt. Wir machen Vorschläge und die entscheidenden Faktoren lehnen ab. Also kommt die Frage, welche neuen Mittel stehen uns zur Verfügung.

Krause (Bitterfeld):

Infolge der Arbeitszeitverkürzung konnten im Bezirk der Zehlfeld Bitterfeld in einem Betriebe der chemischen Industrie 250, in einem anderen Betriebe etwa 400 Arbeitskräfte neu eingestellt werden. Außerdem wurden Entlassungen verhindert.

Senkfeld (Hannover)

schildert die Entwicklung der Lohn- und Tarifbewegungen in der Nahrungsmittelindustrie. Die Nahrungsmittelindustrie sei von allen anderen Industrien in der Arbeitszeitverkürzung vorangegangen. Sie hat in keiner anderen Industrie eine so starke Anwendung gefunden.

Prüll, Hauptvorstand:

verweist auf die Machtverhältnisse im Wirtschaftskampf, die beschränkte Arbeitsfähigkeit, auf die Schwächen der Regierung und die Uneinigkeit der Arbeiterchaft.

Parfisch, Hauptvorstand (Schlußwort):

Elsner stellte die Frage an den Vorstand: Was ist getan, um die Millionen Arbeiter unterzubringen? Wir haben seither alles getan, um für die Arbeiterchaft heranzuholen oder abzuwehren, was möglich war.

Geiger, Hauptvorstand:

spricht hierauf über "Arbeitsbeschaffung": Wir haben immer noch Werbemöglichkeiten genug. Die Stilllegung eines Betriebes mit etwa 200 Mitgliedern ist noch kein Verlust von 200 Mitgliedern, wenn die Zahlstellenleitung auf der Höhe ist.

Traber (Mainz):

Wir müssen uns um den freiwilligen Arbeitsdienst kümmern (siehe Reichsarbeitsblatt Nr. 10, Artikel über freiwilligen Arbeitsdienst).

Lange (Weißwasser):

Arbeitslose Mitglieder dürfen wir ja nicht aufnehmen. Da muß Abhilfe geschaffen werden.

Karl, Hauptvorstand:

Der freiwillige Arbeitsdienst ist da. Wir können ihn nicht ignorieren. Junge Leute, die zu uns gehören, haben sich bei anderen Vereinigungen für den Arbeitsdienst zur Verfügung gestellt.

Hertwig (Köln):

Ich habe schon einmal den Antrag an den Hauptvorstand gestellt, eine Agitationswoche zu bestimmen.

Adler, Hauptvorstand:

Die RVO. ist keine Vereinigung im Sinne des Betriebsrätegesetzes, wir brauchen also ihre Vertreter (d. h. Zugestehende) in Betriebsversammlungen nicht sprechen zu lassen.

Thiemig, Hauptvorstand:

Die Arbeit der Tagung zusammen. Wir haben den dringenden Wunsch, daß wir nicht noch einmal unseren Mitgliedern so schwere Opfer zumuten müssen, wie sie die gefassten Beschlüsse erfordern.

Und nunmehr gehen wir — aller Ungunst der Zeitverhältnisse zum Trotz — mit erneuter Energie an die Arbeit!

Thiemig schließt am zweiten Verhandlungstag, 18 Uhr, die Tagung mit einem dreifachen Hoch auf unseren Verband und auf die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Kaufkraft der Massen als entscheidender Wirtschaftsfaktor.

Die Wirtschaftskrise wirkt sich in Deutschland entscheidend in der Produktionsmittelindustrie aus; einen gewissen Rückhalt übt die Verbrauchsgüterindustrie aus.

„Fürs erste ist wohl — soweit nicht durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ein grundsätzlicher Wandel der Grundlagen des Wirtschaftsablaufs geschaffen wird — weder eine Belebung des Inlandsabfahes noch des Auslandsabfahes zu erwarten.“

Das Konjunkturinstitut beurteilt mithin die Entwicklung sehr pessimistisch. Da der Arbeitsmarkt sich nur sehr gering verbessert, ist mit einer großen Arbeitslosigkeit für die Zukunft zu rechnen.

Diese Zusammenstellung vermittelt ein Bild der Einkommen. Die Aufstellung von 1926 dürfte den heutigen Verhältnissen am nächsten kommen.

Einkommensgruppen	Zahl der Einkommen in tausend
bis 1 500 Mark	17 628
über 1 500 bis 3 000 Mark	6 271
über 3 000 bis 5 000 Mark	2 067
über 5 000 bis 8 000 Mark	678
über 8 000 bis 12 000 Mark	193
über 12 000 bis 16 000 Mark	68
über 16 000 bis 25 000 Mark	57
über 25 000 bis 50 000 Mark	33
über 50 000 bis 100 000 Mark	10
über 100 000 Mark	4
Zusammen:	27 009

Daraus ergibt sich, daß die unteren Einkommensgruppen die entscheidende Verbraucherschicht im deutschen Volk darstellen.

„Das Arbeitseinkommen, die breiteste Grundlage des Verbrauchs, hält sich um nahezu 40 v. H. unter seinem konjunkturellen Maximum (1929).“

Wer das Masseneinkommen weiter verschlechtert oder nichts tut, um die weitere Verschlechterung aufzuhalten, zerschlägt den letzten Halt der Konjunktur.

„Der Verfall der Gewerkschaften.“

Der Wunsch als Vater des Gedankens.

Unter dieser Überschrift bringt das Unternehmerrorgan „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 19. Mai eine Notiz. In dieser wird die Behauptung aufgestellt, daß die Mitgliederstärke der im RWG. zusammengeschlossenen Gewerkschaften erheblich gesunken sei.

Muß die Berufsgenossenschaft Schadenersatz leisten,

wenn durch einen Unfall der zweite obere Schneidezahn abgeprengt wurde?

Das Oberversicherungsamt Augsburg hat am 28. Januar 1932 folgende interessante Bescheidurteilung gefällt:

„Unter Abänderung des angefochtenen Bescheides wird die beklagte Berufsgenossenschaft für verpflichtet erklärt, dem Kläger für den durch den Unfall am 17. Mai 1930 zu Verlust gelangenen zweiten oberen Schneidezahn künstlichen Ersatz in einfacher Form und aus einfachen geräuschlosen Stoffen zu gewähren.“

Die rechtliche Begründung ergibt: Im fachlicher Hinsicht konnte der Verlust der Erfolgs nicht verweigert werden.

Gemäß den Paragraphen 22a ff. RVO. in Verbindung mit der Verordnung über Krankenbehandlung vom 14. November 1928 (RWB. I S. 387) ist Zahnersatz, jedoch von besonders komplizierten Fällen abgesehen, nur in einfacher Form und aus einfachen geräuschlosen Stoffen zu gewähren.

Zweierlei Maß.

Wer als Gewerkschaftsfunktionär drängen läßt, weiß, wie schwer es manchmal wird, der Arbeiterschaft Dinge klarzumachen, die sehr schwer in die Köpfe hinein wollen.

Es war demnach zu entscheiden, wie in Ziffer 1 geschehen.“ Die Berufsgenossenschaft hat es unterlassen, Einspruch zu erheben.

So hat der Fall nach nahezu zwei Jahren zugunsten unseres Kollegen seinen Abschluß gefunden, trotzdem die Berufsgenossenschaft und das Oberversicherungsamt die Sache absichtlich oder unabsichtlich zu verzögern gewußt haben.

Es hat der Fall nach nahezu zwei Jahren zugunsten unseres Kollegen seinen Abschluß gefunden, trotzdem die Berufsgenossenschaft und das Oberversicherungsamt die Sache absichtlich oder unabsichtlich zu verzögern gewußt haben.

Es hat der Fall nach nahezu zwei Jahren zugunsten unseres Kollegen seinen Abschluß gefunden, trotzdem die Berufsgenossenschaft und das Oberversicherungsamt die Sache absichtlich oder unabsichtlich zu verzögern gewußt haben.

Es hat der Fall nach nahezu zwei Jahren zugunsten unseres Kollegen seinen Abschluß gefunden, trotzdem die Berufsgenossenschaft und das Oberversicherungsamt die Sache absichtlich oder unabsichtlich zu verzögern gewußt haben.

Es hat der Fall nach nahezu zwei Jahren zugunsten unseres Kollegen seinen Abschluß gefunden, trotzdem die Berufsgenossenschaft und das Oberversicherungsamt die Sache absichtlich oder unabsichtlich zu verzögern gewußt haben.

daß nun der Reichsarbeitsminister auch einmal das Gegenteil von dem bewirkt hätte, was er im Dezember 1931 tat. Nämlich, daß er die bestehenden Lohnverträge durch Nachspruch verlängert hätte, um dadurch die angebliche Sicherung der Wirtschaft und des inneren Friedens weiter zu festigen und auch die Schrumpfung der Kaufkraft einzudämmen.

Die gleichen Gefahren bestehen für die Invalidenversicherung. Durch die Notverordnung hat man diesem Zweig der Sozialversicherung auch gewaltige Lasten aufgebürdet.

Es wäre manchmal zu wünschen, daß die Leute, die solche Bestimmungen über die Unterstufungskürzungen treffen, selbst einmal in die Lage versetzt würden, diese Unterstufungsgroschen in Anspruch nehmen zu müssen.

Für die Gewerkschaften aber erwächst aus diesen Dingen eine schwere Verantwortung und Pflicht; denn sie sind es, die die Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse mit zu regeln haben.

Wenn nun in der letzten Zeit an Herrn Stegerwald in der Gewerkschaftspresse die Frage gerichtet wurde: Wo ist die Grenze? so scheint er diese Frage selbst nicht beantworten zu können.

W. Uwe lius.

Frauentragen. Frauentreffen im Gau 9.

Am 15. Mai fand im Marienforzinger zu Nürnberg eine Frauentreffen statt, die von 40 Kolleginnen aus verschiedenen Jahrestellen und Industrien besetzt war.

Der Gauleiter Kollege Maier eröffnete die Konferenz mit herzlichen Begrüßungsworten unter Hinweis auf die schwere Wirtschaftskrise, unter der wir alle zu leiden haben.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Warum halten wir besondere Frauentreffen ab?“ führte Kollegin Jammert (Hannover) u. a. aus, daß manche Kollegen besondere Frauentreffen und -versammlungen für überflüssig halten, ja sogar mit dem Bemerkten ablehnen, daß die Frauen die allgemeinen Versammlungen und Veranstaltungen besuchen sollten.

Die Folge ist, daß sie nicht, wie es nötig wäre, aus sich herausgehen und sich nicht an der Debatte beteiligen. Hinzu kommt, daß in den allgemeinen Veranstaltungen nicht genügend Rücksicht genommen werden kann auf die besonderen Interessen der Frauen, und diese — oft weniger geschult als die Kollegen — gehemmt werden, in die Debatte einzugreifen.

Es werden insbesondere Themen behandelt, die auf allgemeinen Konferenzen entweder nicht oder nur ganz nebenbei behandelt werden können, so die gewerkschaftlichen

Fragen und Aufgaben zu vielgestaltig und umfassend sind. Die Referentin führte eine Reihe von Themen an und betonte, daß unsere gewerkschaftlichen Frauenkonferenzen den Kolleginnen aus verschiedenen Jahresskellen und Industrien Gelegenheit geben sollen zur Aussprache über die jeweils wichtigen Fragen. Es ist auch fördernd für die notwendige gewerkschaftliche Funktionstätigkeit, daß sich die Kolleginnen kennenlernen und gewerkschaftliche Gedanken austauschen können.

Nach Schilderung der Zweckmäßigkeit der Wochenendkurse, Arbeiterinnen-Agitations-Kommissionen und Frauenversammlungen führte die Referentin aus, daß durch diese besonderen Veranstaltungen die Kolleginnen nicht abseits gestellt oder ferngehalten werden sollen von der Teilnahme an den üblichen gewerkschaftlichen Veranstaltungen. Wo tüchtige Kolleginnen sind, sollten sie überhaupt mehr zu Betriebsrätekongressen, Branchenkongressen, Generalversammlungen, Verbandstagen usw. delegiert werden, denn das schult, bildet, macht freier im Umgang und steigert die Arbeitsfreudigkeit der Kolleginnen genau so, wie das bei den Kollegen auch der Fall ist.

Die Debatte, an der sich sechs Kolleginnen beteiligten, war äußerst lebhaft. Es kam zum Ausdruck, daß viel mehr Kolleginnen in den Jahresskellen als Verwaltungsmitglieder fungieren müßten, dann wäre es eher möglich, daß bei Delegationen zu Konferenzen eine Frau berücksichtigt würde. Eine Kollegin vertrat den Standpunkt, daß es notwendig sei, zumindest einmal im Jahre in Wannigsen einen Frauenkursus zu veranstalten. Im übrigen beschäftigten sich die Kolleginnen mit der notwendigen Agitation für den Verband sowie mit der gegenwärtigen Notzeit und den damit verbundenen Gefahren für die Arbeiterschaft.

Nach der Mittagspause sprach der Landesgeschäftler Genosse Böhm (Nürnberg) über „Schlichter und Schlichter“. Ausgehend von der Notverordnung vom 8. Dezember 1931, die zwangsläufig eine Senkung der Tariflöhne für alle Arbeitnehmergruppen brachte, betonte der Referent, daß das Schlichtungswesen ein viel umstrittenes Gebiet der sozialen Gesetzgebung sei. Mit Heftigkeit und allem Nachdruck wenden sich verschiedene Kreise der Bevölkerung, insbesondere Arbeitgeber und auch Kreise der Arbeitnehmer, gegen die staatliche Schlichtung. Sie wollen die Verbindlichkeit der Tarife verhindern. Der Referent schildert die Entwicklung des Schlichtungswesens. Die Gewerkschaften sind als tariffähig anerkannt und Koalitionsfreiheit ist gewährleistet. Die Arbeitgeber bzw. deren Vertreter und die Arbeitnehmervertreter schließen Tarifverträge ab zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei den Tarifverhandlungen nicht einig, dann rufen sie den Schlichtungsausschuß an. Die beiden Parteien stellen ihre Anträge. Wird bei der Verhandlung keine Einigkeit erzielt bzw. der gefällte Schlichterspruch von einer der beiden Tarifparteien nicht angenommen, dann tritt der Schlichter in Funktion. Der Schlichter ist vom Reichsarbeitsministerium eingesetzt. Werden die Vorschläge des Schlichters von einer der Tarifparteien nicht angenommen, dann kann der Schlichter die Verbindlichkeit erklären. In dem Ergebnis des Schlichtungsverfahrens spiegeln sich die Kräfte der gegenüberstehenden Parteien wider. Sind die Gewerkschaften kräftig und stark, werden auch die unberechtigten Forderungen und Wünsche der Unternehmer abprallen.

In der Diskussion schilderte Kollege Hermann (Nürnberg) die großen Schwierigkeiten, vor denen wir heute stehen. Die Schlichtung von früher und heute ist unterschiedlich. Wir dürfen trotz aller Bitterkeit, die wir erleben, nicht den Glauben an die Gewerkschaft verlieren und müssen im Betrieb entsprechend wirken.

Sodann sprach der Arbeiterssekretär Kollege Schneider (Nürnberg) über „Frauen-, Mutter- und Jugendschutz“. Der Referent betonte, daß der Arbeiterschutz nicht eine aktuelle, sondern eine „verständliche“ Angelegenheit sei. Die Grundsätze, die für den Arbeiterschutz gelten, sind schon 30 bis 40 Jahre alt. Er schilderte die Entwicklung des Arbeiterschutzes, ausgehend von den siebziger Jahren. Besonderer Frauenschutz wurde 1878 und 1890 geschaffen. Der Mutterchutz ist geregelt in der Reichsversicherungsordnung und in einem Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft.

Der Jugendschutz ist ähnlich geregelt wie der Frauenschutz. Er erstreckt sich hauptsächlich auf die Regelung der Arbeitszeit und die Pausen. Es ist Aufgabe der Gewerbeaufsicht, für die Einhaltung der gesetzlichen Schutzbestimmungen Sorge zu tragen. Mehr Unterstützung der Gewerbeaufsichtsorgane durch die Kolleginnen und Kollegen im Betriebe ist erforderlich und liegt im Interesse der Weiterentwicklung des Arbeiterschutzes. Allerdings ist die heutige Zeit weniger dazu angelegnet, Forderungen durchzusetzen, aber es kommt auch wieder eine günstigere Zeit, in der wir durch die Organisation wichtige Verbesserungen durchsetzen können.

Mit einem anfeuernden Schlusswort der Kollegin Schwarm, nicht zu erlahmen in dem schweren Kampfe, der uns bevorsteht, und alles zu tun, die Organisation zu stärken, wurde die Konferenz um 5 Uhr geschlossen.

Jugendbewegung.

Menschen der Landstraße.

Ein neuer Frühling hat begonnen. Unbekümmert der toten Kälte in den Himmel ragenden Schloten, haben sich die deutschen Lande mit neuem, jungfräulichem Grün angefüllt. An einfügen Stämmen der Arbeit, aus allen Ecken und Winkelchen, wo sich nur ein Fränkchen Erde hat halten können, da grünt und sprießt es, zwar noch etwas schäffern, aber die wuchernde Kraft der Natur dringt rüchsallos empor.

Zu gleicher Zeit beginnt auf den deutschen Landstraßen reges Leben, aber das ist keine Folge der neuwachten Natur, sondern eine Antwort auf die rauchenden Schloten der Arbeit. Die Opfer der Weltwirtschaftskrise schlössen. Jeder noch durch seine Arbeit oder sonst irgendeine Verpflichtung an Stadt oder Dorf gebundene Mensch kann sich schwer eine Vorstellung von dem Verkehr der „Kunden“ auf der Landstraße machen. Die Bauern, und vor allen Dingen die Bäcker und Fleischer in den Dörfern, nennen sie eine Landplage. Und man kann sich leicht davon überzeugen, daß hier die Handwerksburschen weit zahlreicher als in den Städten (die sie ja am liebsten umgeben) vorkommen. Die Bürgermeister der kleinen Gemeinden leuchten, daß die Anwesenheit für Überfüllung und Un-

Wohlfahrtsunterstützung der Einheimischen ausmachen. Wer sind aber diese Wanderer am Rande der Straße? Man kann oder vielmehr muß sie in drei Gruppen einteilen. Zigeuner, Speckjäger und Berufsbeutler mit ihren Lippelschicksen und das Jungvolk der Landstraße, die Massen der jungen Menschen, für die es keinen rechten Ausdruck gibt.

Die ersten beiden Gruppen sollen hier weniger besprochen werden, obgleich auch sie alle Rüste der Landstraße zu fragen haben und von den Sehnsüchtigen als Außensteiter der Gesellschaft betrachtet werden. Da sah ich neulich in der Oberpfalz ein Kleinauto mit holländischer Nationalität. Drinnen saß, eingeklemmt in alles Mögliche und Unmögliches, aber für ihn wahrscheinlich immer noch bequem, ein Zigeuner in fabelhaft legerer Haltung, während sein Weib, keuchend und schweißend unter der warmen Frühlingssonne, Kleinauto samt Zigeuner und Gepäck schieben mußte. Um den Wagen herum, hingen und schoben die Jahrgänge von 1930 bis 1920 abwärts, während sich ihr Herr Erzeuger sichtlich der Landstraße erfreute und in absehbarer Zeit auch keine Tankstelle erwartete.

Die jungen Burschen der Landstraße lehnen es ab, mit Zigeunern und Landstreichern verglichen zu werden. Sie wollen auch nicht Kunden genannt sein. Sie nennen sich Handwerksburschen. Sind sie das? Urteilt man nach der früheren Auslegung des Begriffs, so muß man mit einem klaren Nein antworten. Sie haben nicht wie früher die Möglichkeit, in der nächsten Stadt Arbeit zu erhalten. Sie bekommen keine regelmäßigen Unterführungen von Meistern ihres Handwerks, und sie fragen heute überhaupt nicht mehr nach Arbeit, da es doch keinen Zweck hat. Landstreicher und Speckjäger wollen sie nicht sein und schlafen doch jede Nacht mit ihnen in den Herbergen der Gemeinden. Sie wollen keine Kunden sein und fristen doch wie sie durch Betteln ihr Leben. Und wollen sie heute auch noch nicht so genannt sein, morgen schon kann ihr Widerstand gegen diesen Namen ermüdet sein, weil sie es zum größten Teile heute schon sind. Aber diese Feststellung soll nicht zur Ausfokung aus der Gesellschaft auffordern, im Gegenteil! Eine Untersuchung der Dinge, wie sie jetzt liegen und wie sie in den nächsten Monaten auch nicht geändert werden können, ergibt fast immer dasselbe. Wieviel Hoffnung ging mit den jungen Menschen auf der Landstraße verloren. Fast alle haben einen Beruf erlernt. Jeder trug während der Lehrzeit in seinem Innern eine reine, klare Hoffnung von einem kleinen, bescheidenen Glück, das er sich von dem reichlicheren Lohn als Geselle errichten wollte. Ganz gleich, ob Falboot oder Motorrad, Schrebergarten oder Wochenendaube. Jeder hatte Zukunftsstränge, die er sich auch erfüllen können, wenn er nach seiner Losprechung nur Arbeit und Verdienst gehabt hätte. Nachdem sie einige Zeit tafellos zu Haus gesessen hatten, keine Gelegenheit, die Zeit zweckmäßig zu nützen, zogen sie aus, Deutschland oder gar die Welt zu schauen und zu erleben. Viele von ihnen haben ihr Heimatland schon fünf-, sechsmal durchwandert, andere kamen weit nach dem Süden, nach Kleinasien und Nordafrika. Sie wandern nach dem Kalender, im Sommer im Norden, im Winter im Süden. Heute, wo die Grenzen wieder schärfer bewacht und die meisten als lästige Ausländer von den anderen Staaten zurückgeschoben werden, drängen sich all diese Walzbrüder wieder in Deutschland, vor allen in den südlichen Teilen, zusammen. Sie zogen aus, um die Schönheiten der fremden Länder und Städte zu schauen. Sie hofften, ihr Wissen und ihre Kenntnisse zu bereichern, und wollten sich an allem Schönen herausuchen. Doch es geschah anders, schon nach kurzer Zeit zogen sie abgestumpft am Rande der Landstraße dahin. Sie mieden die großen Städte. Stielen Rast alle paar Kilometer im Straßengraben. Warten vor den Orten, bis es 6 Uhr abends ist und die Herbergen geöffnet sind. So war es in den letzten Jahren, und so ist es heute noch, aber in verstärktem Maße. Schönheiten und kulturelle Sonderheiten, geographische Merkmale und ähnliches schauen sie nicht mehr. Das alles kann sie gar nicht interessieren, solange sie von früh bis abends wegen des bishigen Essens und der paar Pfennige, die sie zum Leben notwendig haben, an allen Türen vorpreschen und in 80 von 100 Fällen das brutale Zuschlagen der Tür, noch bevor sie ihr Sprüchlein beendet, erleben müssen. Sie wissen, in welcher Landschaft um 12 oder 1 Uhr zu Mittag gegessen wird. Sie haben einen unheilbaren Blick (durch die Not erlernt) für das Haus des dörflichen Bürgermeisters, bei dem sie Essenmarken oder Gemeindeunterstützung erwarten und einen eben solchen Blick für das Haus des Schuhmannes, den sie nicht zu sehen wünschen.

Es ist heute an der Zeit, und zwar schon höchste Zeit, daß man sich mit der Zukunft dieser Menschen einmal ernstlich beschäftigt. Vor allen Dingen ist es eine wichtige Frage, ob all diese jungen Leute bei etwa wieder einsehender Konjunktur überhaupt noch in den normalen Arbeitsprozess einzureihen sind. Besonders schwer wird es werden, diese Tausende, die überhaupt noch nicht als Gesellen gearbeitet haben, sondern gleich von der Lehre weg auf die Landstraße gekommen sind, an eine regelmäßige Arbeit, ja nur an einen festen Platz zu gewöhnen. Man muß sich einmal in diese Menschen hineinendenken, um darauf zu antworten. Ihre Ungebundenheit gegen eine dauernde, anstrengende Beschäftigung einzufassen, lehnen viele von ihnen schon heute freimütig ab. Ihre Bedürfnislosigkeit, sie sind mit ein paar Zigaretten, einer Kleinigkeit zu essen und einem Platz in der Herberge für die Nacht vollkommen zufrieden, läßt sie schon längst nicht mehr den Vorteil einer festen Arbeit verstehen. Genau wie noch niemand einen alten Speckjäger und Vagabunden der Gesellschaft wieder zurückgeführt hat, so wird auch in Bälde eine Zurückführung der jungen Menschen in das normale Leben fast unmöglich sein. Es ist heute in vielen Fällen noch nicht zu spät, obgleich es sich schon jetzt übersehen läßt, daß der Nachwuchs an Vagabunden ungeheuer groß wird. Freilich, mit Almosen und den üblichen Unterführungen der Fürsorgeämter kann nicht geholfen werden; hier muß der Staat in Verbindung mit den zuständigen Verbänden eingreifen. Vielleicht wäre hier der von den Gewerkschaften kontrollierte Arbeitsdienst in geeigneter Form ein wirksames Mittel gegen die Entwurzelung der arbeitenden Jugend aus dem Produktionsprozess und der Gesellschaft überhaupt.

Kurt Uhlmann.

Nahrungsmittel-Industrie

Soraussichtliche Zuckererzeugung in der Kampagne 1932/33.

Nachdem die Zuckererzeugung im letzten Jahre um über 38 Prozent zurückgegangen war, wurde allgemein angenommen, daß es bei diesem Rückgang zunächst bleiben werde, zumal die Produktion viel stärker zurückgegangen war, als es das angestellte Kontingent vorsah. Nun ist aber im letzten Jahre der Zuckerverbrauch sehr stark gesunken. Nach der Zeitschrift „Die deutsche Zucker-Industrie“ betrug der Verbrauch in den Monaten September bis April: 1929/30 = 9,9 Millionen Doppelzentner, 1930/31 = 10,6 Millionen Doppelzentner, 1931/32 = 8,8 Millionen Doppelzentner.

Die Zahlen zeigen, daß in den Monaten September bis April 1932 = 1,8 Millionen Doppelzentner Zucker weniger verbraucht wurden als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Dieser starke Rückgang ist in erster Linie eine Folge davon, daß die Kaufkraft der Massen dauernd sank, aber auch eine Folge der Verteuerung des Zuckers durch Erhöhung der Verbrauchssteuer. Diesem niedrigen Zuckerverbrauch soll nun die Zuckererzeugung in der kommenden Kampagne angepaßt werden. Vom Verein der deutschen Zuckerindustrie wird jeweils im Frühjahr festgestellt, wie groß der Rübenanbau für die Zuckererzeugung ist. Das Umfragergebnis für die Zuckererzeugung im letzten Jahre betrug: 216 205 318 079 227 571 — 28,45

Landesteile	Arbeitsende Betriebe		Rübenanbau		Abnahme in Prozent
	1931 1932	1931 1932	1931	1932	
Ostpreußen	4	3	4 903	3 380	- 31,06
Brandenburg	5	5	16 088	11 317	- 29,44
Pommern	8	8	20 132	12 594	- 37,44
Niederschlesien	32	31	54 579	33 879	- 37,93
Oberschlesien	7	7	10 147	6 826	- 32,73
Prov. Sachsen u. Thür.	64	58	90 008	63 151	- 29,84
Hannover-Schl.-Holst.	33	32	31 722	23 728	- 25,20
Westf. u. Hessen-Nassau	5	5	4 249	3 287	- 22,64
Rheinland	8	8	17 350	14 713	- 15,20
Süddeutschland	9	8	25 232	20 736	- 17,82
Freistaat Sachsen	4	4	4 357	3 741	- 14,14
Mecklenburg	7	7	14 295	11 528	- 19,36
Braunschweig	21	20	13 782	10 158	- 26,30
Anhalt	9	9	11 285	8 533	- 24,39
	216	205	318 079	227 571	- 28,45

Der Rübenanbau im Deutschen Reich ist also gegenüber dem Vorjahre im Durchschnitt um 28,5 Prozent zurückgegangen. Ob die Zuckererzeugung im gleichen Umfange zurückgeht, das hängt von der Witterung ab. Günstiges Wetter kann einen guten Rübenwuchs und einen hohen Zuckergehalt bringen. Das kann die Zuckererzeugung noch beeinflussen. Beide waren aber im letzten Jahre auch nicht schlecht. Es ist also wahrscheinlich, daß die Zuckererzeugung im kommenden Herbst annähernd um den gleichen Prozentsatz sinken wird wie der Rübenanbau.

Die Zahl der arbeitenden Zuckerfabriken wird in der kommenden Kampagne ebenfalls zurückgehen. Es werden 11 Zuckerfabriken weniger arbeiten als im vorigen Jahre. Stillgelegt sind im Laufe des Jahres die Zuckerfabriken Altfelde, Dießdorf, Einbeck, Friedensau, Hadmersleben, Hornburg, Langenbogen, Oßleben, Osterlinde, Querturt, Salzünde und Schackensleben. Die bereits stillgelegte Zuckerfabrik Stößen soll wieder in Betrieb genommen werden. Die Zahl der stillgelegten Zuckerfabriken ist im Verhältnis nicht so groß wie der Rückgang beim Rübenanbau. Die Kampagne für die arbeitenden Fabriken wird mithin im Durchschnitt noch kürzer sein als im vorigen Herbst. Das sind recht trübe Aussichten für die Zuckerarbeiter. In erster Linie ist dieser starke Rückgang bei der Zuckererzeugung eine Folge der verkehrten Lohn- und Steuerpolitik.

Die Regierung Brüning hat den Lohnabbau mit allen Mitteln gefördert; sie hat damit die Kaufkraft der Massen immer mehr geschwächt. Dazu ist für ein wichtiges Nahrungsmittel, wie es der Zucker ist, die Verbrauchssteuer im vorigen Sommer verdoppelt worden. Ferner ist die Umsatzsteuer erhöht. Alles hat dazu beigetragen, daß das Pfund Zucker um 6 bis 7 Pf. im Preise gestiegen ist. Lohnabbau auf der einen Seite, Preissteigerung für wichtige Nahrungsmittel auf der anderen Seite, das muß zu einem starken Konsumrückgang führen. Der starke Konsumrückgang aber bringt Stilllegung von Betriebsstätten, Einschränkung der Produktion und eine starke Steigerung der Arbeitslosenzahl mit sich. Das wird gerade durch das Beispiel aus der Zuckerindustrie am besten bewiesen.

Die Zuckererzeugung im letzten Herbst deckte ungefähr den deutschen Verbrauch. Wäre der Zuckerverbrauch im letzten Jahre nicht so stark gesunken, dann brauchte die Zuckererzeugung nicht weiter eingeschränkt zu werden. Bei einer Steigerung des Verbrauchs hätte Aussicht bestanden, daß auch die Erzeugung bald wieder gesteigert werden konnte. Anstatt Arbeiterentlassungen hätte Mehrreinstellung erfolgen können. Zu dieser einzig richtigen Wirtschaftspolitik aber kann man sich in Deutschland nicht entschließen. Die Folge davon ist, daß die deutsche Wirtschaft immer mehr ruiniert, anstatt aufgebaut wird.

Mit dem Ergebnis für die deutsche Zuckerindustrie wird zugleich das Umfrageergebnis von 14 weiteren Rübenanbauländern bekanntgegeben. Unter diesen 14 Ländern (einschließlich Deutschland) befinden sich 7 Länder, die eine Steigerung beim Rübenanbau verzeichnen können. Einen starken Rückgang haben neben Deutschland nur noch Ungarn mit 38,42 Prozent, Italien mit 36,74 Prozent und die Tschechoslowakei mit 21,15 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Tschechoslowakei sehr stark auf die Ausfuhr angewiesen ist. Bei den heutigen Weltmarktpreisen ist die Ausfuhr aber kein gutes Geschäft; daher der weitere Rückgang.

Der starke Rückgang in Italien und in Ungarn zeigt, daß Diktatoren noch lange nicht die besten Wirtschaftspolitiker sind. Bei den übrigen Staaten ist der Rückgang gering. Im Durchschnitt ist der Rübenanbau in diesen 14 Ländern um 18,47 Prozent zurückgegangen. Deutschland steht also mit seinem Rückgang weit über dem Durchschnitt. Eine weitere Produktions Einschränkung hätte in Deutschland auf alle Fälle nicht in dem Umfange zu erfolgen brauchen, wenn der Zucker nicht durch die Erhöhung der Zuckersteuer noch ganz besonders im Preise gesteigert worden wäre. Wann erfolgt endlich die ganze oder teilweise Aufhebung der Zuckersteuer?

E. Senkfeil.

Verschiedene Industrien

Arbeitslosenversicherung, Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter.

Mit der Verordnung der Reichsanstalt vom 18. Oktober 1930 ist der Kampf um die Versicherungspflicht oder Versicherungsfreiheit der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter in das erste kritische Stadium getreten. Die Forderung auf Arbeitslosenversicherungsfreiheit haben die Unternehmerverbände Deutschlands gestellt. Die Gewerkschaften hingegen kämpfen um die Beibehaltung der Arbeitslosenversicherungspflicht.

Die Verordnung vom 18. Oktober hat mit ihren einschneidenden Bestimmungen gegenüber dem VVAWB vom 12. Oktober 1929 eine Reihe Härten für die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter im Gefolge. Die Befürworter der Arbeitslosenversicherungsfreiheit für Hausgewerbetreibende

scheinend darauf ab, Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter ganzer Gebiete aus der Arbeitslosenversicherung herauszunehmen.

Der Beschlußsenat der Reichsanstalt hat am 30. September 1931 nachstehende Entscheidung gefällt:

„Steht ein Arbeitnehmer in mehreren Beschäftigungsverhältnissen, so dürfen bei Prüfung der Frage, ob es sich um eine geringfügige und deshalb versicherungsfreie Beschäftigung im Sinne des § 75a des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Fassung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. April 1930 (RGBl. I S. 311) handelt, die Arbeitszeiten und das Entgelt aus ihnen nicht zusammengerechnet werden, sondern es ist jede Beschäftigung gesondert zu berücksichtigen.“

Nunmehr hat die Reichsanstalt angeordnet, die wieder-gegebene Entscheidung auf die in der Hausindustrie beschäftigten Personen anzuwenden. Die Wirkung der Anordnung ist geradezu als katastrophal zu bezeichnen. In Gebieten, wo das Verlagsystem vorherrschend ist, werden damit fast alle Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen.

Die Reichsanstalt kann sich bei ihrer Anordnung nicht im klaren über den Unterschied der Tätigkeit einer Reinemachefrau und der — des Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiters gewesen sein; denn die Entscheidung vom 30. September 1931 behandelt ja den Fall einer ledigen Reinemachefrau, die bei mehr als einem Auftraggeber oder Arbeitgeber in Beschäftigung stand. Das ist aber nicht das gleiche wie das Verhältnis in der Hausindustrie. Es kommt vor, zum Beispiel im Verlagswesen, daß für besondere Industriegruppen mehr Verleger als Hausarbeiter festzustellen sind. Aber auch die Struktur des Verlagswesens läßt vorerst gar keine andere Möglichkeit zu, als daß die für dieses System tätige Person in der Regel bei mehr als einem Unternehmer tätig ist. Der Heimarbeiter ist daran unschuldig. Das hat zur Folge, daß Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter in der Regel bei mehr als einem Unternehmer tätig werden. Man kann sich deshalb vorstellen, wenn der Antrag auf Arbeitslosen- oder Krifenunterstützung vom Arbeitsamt abgelehnt wird, in der Regel mit nachstehend wiedergegebener Mitteilung, daß bei den betreffenden Heimarbeitergruppen Verzweiflung und Bitterkeit ausgelöst werden:

„Die Ihnen auf Ihren am ... gestellten Antrag gewährte und bisher gezahlte Unterstützung ist zu Unrecht gezahlt worden, da bei Bearbeitung Ihres Unterstützungsantrages der § 75a WVAWG nicht berücksichtigt worden ist. Gemäß § 75a WVAWG ist eine Beschäftigung versicherungsfrei, wenn für sie ein höheres wöchentliches Entgelt als 10 Mk. erzielt wird.“

Zur Begründung dieser Zuschrift wird dann die eingangs wiedergegebene Entscheidung des Beschlußsenats vom 30. September 1931 angeführt.

Durch die Verordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt vom 19. März 1932 wurde die Arbeitslosenversicherung für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter vorläufig bis zum 30. Juni 1932 verlängert. Mit dem 1. Juli 1932 soll höchstwahrscheinlich eine neue Verordnung in Kraft treten, die die Arbeitslosenversicherungspflicht für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter neu regelt. Aber gerade durch die Verordnung vom 19. März 1932 ist es möglich geworden, die Entscheidung des Beschlußsenats vom 30. September 1931 in Anwendung zu bringen. Der Artikel 1 dieser Verordnung besagt:

„Die Beschäftigung von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern unterliegt bis zum 30. Juni 1932 der Arbeitslosenversicherungspflicht, wenn sie nach der Reichsversicherungsordnung der Krankenversicherungspflicht unterliegen und nicht nach den Paragraphen 70 bis 75c, Abs. 1, 75d, 80, 208 und 209 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung oder nach Art. 2 dieser Verordnung von der Versicherungspflicht ausgenommen ist.“

Der Artikel 2 der Verordnung sagt, daß die Verordnung vom 18. Oktober 1930 über den 31. März 1932 hinaus in Kraft bleibt. Die Reichsanstalt und ihre ausführenden Organe halten sich bei der Durchführung des Beschlusses vom 30. September 1931 an den § 75a WVAWG.

Der Inhalt des § 75a WVAWG gibt dem Spruchsenat der Reichsanstalt aber nicht an alle Fälle die Handhabe zu seiner Entscheidung. Die Entscheidung des Senats kann aus rechtlichen und praktischen Gründen nicht als richtig hingenommen werden. Nach § 75a ist eine Zusammenrechnung verschiedener Beschäftigungen innerhalb einer Kalenderwoche durchaus nicht ausgeschlossen. Der Paragraph will doch besagen, daß unter Beschäftigung die gesamte Erwerbstätigkeit einer Woche des Arbeitnehmers zu verstehen ist. Eine nochmalige Entscheidung ist unumgänglich. Begangenes Unrecht muß wieder durch Recht gemindert werden.

Die Handhabung der Entscheidung wird und muß Unrecht bringen. Einige Beispiele sollen das zeigen: Eine Aufwartende oder Schenkerin, die bei ein und derselben Familie in der Woche mehr als 30 Arbeitsstunden arbeitet und mehr als 10 Mk. verdient, ist versicherungspflichtig. Eine andere Person aber, die die gleiche Arbeitszeit erreicht und dieselbe Leistung vollbringt wie die erste, ist versicherungsfrei, weil sie durch Umstände gezwungen ist, für zwei Arbeitgeber tätig zu sein. Das ist doch offensichtlich Unrecht.

Und in der Hausindustrie ist die Wirkung viel schlimmer. Ein qualifizierter Hausgewerbetreibender oder Heimarbeiter kann 50 Mk. Arbeitseinkommen in der Woche erzielen. Er ist aber versicherungsfrei, wenn er nicht dauernd einen Auftraggeber nachweisen kann, von welchem er wöchentlich mehr als 10 Mk. an Lohn erhält. Ein anderer Hausgewerbetreibender oder Heimarbeiter hingegen, der nur für einen einzigen Auftraggeber beschäftigt ist, ist versicherungspflichtig, wenn seine Unbeschäftigkeit ihn nicht über einen Wochenverdienst von 10 Mk. hinauskommen läßt.

Die Gegenüberstellung der einzelnen angeführten Beispiele zeigt, daß die Entscheidung des Spruchsenats der Reichsanstalt nicht Bestand haben kann. Zum mindesten kann sie aber nicht auf die Arbeitsverhältnisse in der Hausindustrie, insbesondere da, wo die Heimindustrie in das Verlagswesen eingegliedert ist, Anwendung finden. Wir erwarten, daß bei der gesetzlichen Neuregelung der Arbeitslosenversicherung für die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter die Härten beseitigt werden. H. Elfein.

Berichte aus den Zahlstellen.

Leer. Am 22. Mai tagte in Leer eine Konferenz der Zahlstellenleiter im Bezirk Oldenburg-Offriesland. Zuerst gab Bezirksleiter Achermann den Bericht vom Jahre 1931 und schilderte sodann die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen der oldenburgischen und ostfriesischen Arbeiter. Hinzu kommt, daß bei der tarifrechtlichen Einstellung der Unternehmer die Verhandlungen erschwert werden. Nachdem über den Bericht eine lebhafte Aussprache erfolgt war, erstattete Gauleiter Hilpman den Bericht über die letzte Beiratskonferenz. Beim letzten Punkt der Tagesordnung referierte Gauleiter Kahl über Agitation und Werbearbeit in unserem Verband. Er ging auf die Kampfesweise unserer Gegner von früher und von heute ein, die im Ziel immer das gleiche verfolgen, nämlich die Zerstückelung der Gewerkschaften. Haben wir bisher alle Schwierigkeiten überwunden, so werden wir auch jetzt durch starke Abwehrmaßnahmen unseren Gegnern von links und rechts mit Erfolg entgegenzutreten. Mehr Mut als bisher muß alle Funktionäre und Mitglieder befehlen. Kollege Kahl ging sodann auf die Organisationsverhältnisse im Bezirk näher ein. Er gab beachtenswerte Ratschläge für die Anwendung der verschiedenen Agitationsmethoden, wobei der Aufbau eines guten und geschulten Funktionärkörpers die Grundlage für alle Erfolge bildet. Im Verlauf der Konferenz beteiligten sich fast alle anwesenden Delegierten an der Aussprache. Es herrschte eine zuverlässige Stimmung, trotzdem unsere Gegner im Agrarbezirk Oldenburg-Offriesland die ungünstige Wirtschaftslage dazu benutzen möchten, die organisierte Arbeiterkraft in dem Sumpf der Nazibewegung zu erstickern. E. A.

Waltershausen. Blutige Unruhen. Die fürchterliche Wirtschaftskrise wirkt sich besonders stark in dem Industrieort Waltershausen (Thüringen) aus. Verschärft wurde die Lage durch die Stilllegung des Conti-Betriebes Waltershausen, in dem bei guter Konjunktur rund 1000 Arbeiter Beschäftigung fanden. Mit der Schließung dieses Betriebes war der Lebensnerv der ganzen Stadt abgebrochen. Waltershausen mit seinen 9000 Einwohnern hat zur Zeit 1500 Arbeitslose, davon sind 600 Wohlfahrtsempfänger und 200 Personen, die überhaupt keine Unterstützung bekommen. In Wohlfahrtsempfänger erhalten ein Verbeirater mit einem Kind 10,25 Mk. Diese Unterstützung sollte schon vor drei Wochen auf Anweisung des Landrats um 10 Prozent gesenkt werden. Die rund 600 Wohlfahrtsempfänger aus allen Kreisen der Bevölkerung erhoben in einer Versammlung gegen diesen Abbau scharfsten Protest. Es wurde eine Kommission gewählt, die mit dem Stadtrat verhandeln sollte, damit 100 Prozent zur Auszahlung kämen. Die Verhandlungen hatten Erfolg. Am 13. Mai sollten wieder auf Anweisung des Landrats nur 90 Prozent ausgezahlt werden. Die Wohlfahrtsempfänger verweigerten die Annahme des Geldes. Die Kommission verhandelte nun mit der Thüringer Regierung und später mit dem Landrat mit dem Ergebnis, daß es bei der Verfügung bleibe, da kein Geld vorhanden sei. Durch private Sammlungen gelang es nochmals, die volle Unterstützung auszusahlen. Später wurde vom Stadtrat bekanntgegeben, daß die Unterstützung doch um 10 Prozent gekürzt würde. In zwei überfüllten Versammlungen nahmen am 20. Mai die Erwerbslosen und ein großer Teil der Einwohnerschaft, besonders die Geschäftsleute, zu dem Unterstützungstraub Stellung. In beiden Versammlungen wurde die sofortige Einberufung des Stadtrates gefordert, der mit der Kommission weitere Schritte unternehmen solle. Die hiesige Polizei hatte in der Zwischenzeit das Abergalkommando von Gotha angefordert. Gegen 18 Uhr waren die Versammlungen beendet, und die Menschenmassen begaben sich nach dem Innern der Stadt, dem Marktplatz. Die Polizei wollte den Marktplatz unter allen Umständen freihalten und drängte deshalb die heranströmenden Massen unter Anwendung des Gummiknüppels zurück. Durch das rigore Gehen der Polizei, die auch auf Frauen einschlug, stieg die Empörung zur Siedehitze. Es kam zum Handgemenge, und die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch. Bis in die engesten Straßen wurden die Menschen getrieben und dabei dauernd geschossen. Aber eine Stunde dauerte die Schießerei, wobei die Polizei in ganz rigoroser Weise vorging. Ein Loter und neunzehn Verletzte auf Seiten der Bevölkerung waren das Ergebnis des unbesonnenen Vorgehens der Polizei. Nach dem Polizeibericht sollen auch sieben Polizeibeamte verletzt sein. Weiter wird in dem Bericht geschrieben, daß zuerst aus der Menge, sogar aus den angrenzenden Häusern geschossen worden sei. Dies zu beweisen, wird der Polizei wohl nicht gelingen. Nach dieser Tragödie wurde durch die Ortsbehörde bekanntgegeben, daß die Unterstützung am folgenden Tage mit kleinen Ausnahmen voll ausgezahlt werde. Die Empörung der Arbeiterklasse sowie der ganzen Bevölkerung ist natürlich sehr groß. Man fragt: Was ist nötig, erst Blut zu vergießen, um das fehlende Geld zu beschaffen? Nach einem vom Thüringer Innenministerium einforderten Situationsbericht wurde dann eine Sonderhilfe von 3000 Mk. bewilligt. Daß es zu den Zusammenstößen gekommen ist, ist eine Folge dieses Unterstützungsrabes an den Erwerbslosen. Die Vorgänge von Waltershausen müssen für die makabren Behörden ein ernstes Warnungssignal bilden auf dem Wege der weiteren Drosselung der Wohlfahrtsempfänger einzuhaken. Der Hunger muß die Opfer dieser Kürzungen ja zu Unbesonnenheiten treiben; Kugeln sind aber dann ein schlechtes Mittel gegen den Hunger.

Zwiesel. Theorie und Praxis bei der RGO. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition kann sich nicht genug über die „reformistischen Bonzen“ aufregen. Wenn aber in der Praxis Arbeiterinteressen von den Führern der RGO vertreten werden sollen, dann verstoßen das Gesetz und es wird dem Arbeiter nicht geholfen, sondern er wird in Wirklichkeit durch die Unbeholfenheit dieser Vertreter noch geschädigt. Folgender Fall möge der Arbeiterklasse zeigen, wie es mit ihren Rechten aussehen würde, wenn diese von der RGO praktisch wahrgenommen werden sollen. In den Zwieseler Farbenglaswerken wurde ein Eintäger wegen eines technischen Verfehls fristlos entlassen. Die Firma hielt als Schadenersatz auch den Lohn in Höhe von 12,80 Mk. zurück. Mit der Vertretung des Einspruchs gegen die Entlassung und die Lohnzurückbehaltung wurde der Führer der RGO, Weghofer, in Zwiesel beauftragt. Die gesetzlich vorgeschriebene Einspruchsfrist gegen die Entlassung wurde verjährt und damit der Arbeiter um sein Klagerrecht gebracht. Aber die Frage der Lohnzurückbehaltung kam zwischen Weghofer und der Firma ein Vergleich zustande, in dem sich Weghofer bereit erklärte, auf die Hälfte des zuzubehaltenden Lohnes zu verzichten und mit 6,40 Mk. einverstanden zu sein. Zur Mutter des entlassenen jungen Arbeiters anhefte sich der gewählte Arbeitervertreter, sie solle diesen Betrag annehmen und sich damit zufriedengeben. 6,40 Mk. hat die RGO für den Arbeiter herausgeholt, aber diesem dadurch, weil die Frage der Entlassung nicht gerichtlich angefochten wurde, zu einer Sperrfrist in der Arbeitslosenunterstützung verholfen, also eine Schädigung von über 50 Mk. verursacht. Die Familie ist aber auf den Verdienst des Jungen angewiesen und es herrscht bittere Not. Wie aber wäre die Frage behandelt worden, wenn sich der Entlassene an die Zahlstelle Zwiesel des Fabrikarbeiterverbandes gewandt hätte? Da eine Vereinbarung über die Bestrafung nach § 30 Abs. 2 des WVAWG nicht vorlag, war die Bestrafung gesetzlich anzulässig. Die Zurückbehaltung des Lohnes war ein Verstoß gegen § 39 WVAWG und § 1 des Lohnabzugsverordnungsgegesetzes. Wir haben aus, um den Vertretern der RGO ihre Unfähigkeit zu beweisen, auf Grund der geschriebenen Not in der Familie an die Firma gewandt und durch die Verhandlungen unseres Vertreters Hans Kamm trotz der Vereinbarung von Weghofer, auf die Hälfte des Lohnes zu verzichten, die volle Summe, also auch noch die restlichen 6,40 Mk. herausgeholt. Da leuchteten die Augen des jungen Arbeiters, als er im Beisein des Vertreters der freien Gewerkschaft den Lohnrest in Empfang nehmen konnte. Damit haben wir wiederum auch in der Tat bewiesen, daß durch den Verband der Fabrikarbeiter auch in solchen verfahrenen Fällen die Rechte der Arbeiterklasse noch gewahrt werden. Zum besseren Verständnis dieses angeführten Falles soll eine zweite Streitfrage geschildert werden, welche von Anfang an durch die Zahlstelle Zwiesel

behandelt und erledigt wurde. In dem erwähnten Betrieb war dem Schmelzer am Glasofen das Glas nicht rein geworden. Die Arbeiter konnten mit der Verarbeitung der Glasmasse erst 3 1/2 Stunden später beginnen. Die Firma mußte den Arbeiter 124 Mk. Lohnausfall zahlen. Dieser Betrag sollte dem Schmelzer in Abzug gebracht werden. Am Sonnabend, dem 23. April d. J. wurde vom Lohn die erste Rate in Höhe von 5 Mk. abgezogen. Die Rechtslage war hier die gleiche wie beim ersten Fall. Der abgezogene Betrag wurde noch an diesem Tage zurückerstattet und eine weitere Befragung nicht mehr vorgenommen. Das also in Theorie und Praxis. Welche Aufregung gäbe es in den Blättern der RGO, wenn wir einen Arbeiter derart geschädigt hätten? Arbeiter, gebt die errungenen Rechte nicht freiwillig auf! Schließ euch dem Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands an, dann habt ihr die Gewähr, vor solchen Schädigungen, wie sie durch die Vertretung der RGO, geschehen sind, bewahrt zu werden! Hinein in die freien Gewerkschaften! Sie allein kämpfen für die Erhaltung und den Ausbau der Arbeiterrechte. Hans Kamm.

Verbandsnachrichten.

Bewerbungen für die 86. bis 88. Bildungsturse für unsere Mitglieder.

Im Schulheim in Wennigsen finden auf Beschluß des Vorstandes weitere, drei Wochen dauernde, Kurse statt, und zwar vom Sonntag, 25. September, bis Sonnabend, 15. Oktober, vom Sonntag, 23. Oktober, bis Sonnabend, 12. November, vom Sonntag, 20. November, bis Sonnabend, 10. Dezember.

In jedem dieser Kurse werden folgende Vortragsthemen behandelt:

Verwaltung und Kassenwesen, Betriebsrätegesetz und Arbeitsrecht, Arbeitsvertrag nach Gewerbeordnung und Bürgerlichem Gesetzbuch, Arbeitsgerichtsgesetz und Zivilprozessordnung, Geschichte und Theorie der Gewerkschaften, Einführung in die Volkswirtschaft und Sozialversicherung.

Kolleginnen und Kollegen mit dem festen Willen und der ernststen Absicht, das in Wennigsen Gelernte praktisch zu verwenden und durch Selbststudien zu ergänzen, werden aufgefördert, selbstgeschriebene Bewerbungen bis zum 10. Juli bei den zuständigen Zahlstellenverwaltungen einzureichen.

- Die Bewerbung muß enthalten: 1. Eine Abhandlung über den Lebenslauf, aus dem das Lebensalter und die genaue Adresse zu ersehen ist; 2. Angaben über die Dauer der Mitgliedschaft im Fabrikarbeiter-Verband und evtl. frühere Mitgliedschaften, über die Tätigkeit im Verband und in der Arbeiterbewegung sowie über die gegenwärtigen Funktionen; 3. ferner sind Angaben über die Teilnahme an Abendkursen oder sonstigen Bildungsveranstaltungen zu machen. Falls der Bewerber bisher an solchen Bildungsveranstaltungen nicht teilgenommen hat, sind die Ursachen der Nichtteilnahme kurz anzugeben.

Wer an einem vom Hauptvorstand abgehaltenen Kursus im Schulheim schon einmal teilgenommen hat, kann vorerst noch nicht wieder zugelassen werden. Wir bitten deshalb diese Kolleginnen und Kollegen, eine Bewerbung nicht einzureichen.

Jeder Bewerber hat anzugeben, welcher Zeitpunkt für seine Kursusteilnahme in Frage kommt. Wenn möglich, ist auch ein zweiter Vorschlag zu machen, damit, wenn dem ersten Vorschlag wegen Überfüllung des Kurfes nicht entsprochen werden kann, eine anderweitige Zuteilung erfolgen kann.

- Die Kursusteilnehmer erhalten: 1. Die Verbeiraten 70 Prozent, die Ledigen 30 Prozent ihres Arbeitsverdienstes; 2. Fahrgehalt 3. Klasse vom Wohnort nach Hannover und zurück sowie 7 Mk. für einen ganzen, 3 Mk. für einen halben Reisetag; 3. freies Unterkommen und freie Verpflegung im Schulheim sowie ein tägliches Taschengeld von 1,20 Mk.

Die Berechnung der Entschädigung erfolgt auf Grund der letzten vier Lohnzettel und des Verbandsbeitrages. Die Zahlstellenverwaltungen haben die Bewerbungen zu prüfen und mit einem Gutachten an die Gauleitung bis zum 30. Juli 1932 weiterzugeben.

Die Gauleitungen müssen die Bewerbungen mit einem Ergänzungsgutachten entsprechend dem Formularbogen an den Hauptvorstand bis zum 13. August 1932 senden.

Die früheren Bewerber, die bis jetzt nicht berücksichtigt worden sind, müssen eine neue Bewerbung bei ihrer Zahlstelle einreichen. Der Hauptvorstand.

Mitgliedsbuch Herbert Walther.

Der Kollege Herbert Walther (Zahlstelle Dresden) verlor sein Mitgliedsbuch. Es trägt die Nr. 933 758 und muß an den Vorstand eingeliefert werden, wenn es von Unberechtigten vorgezeigt wird.

Mitgliedsbuch Max Müller.

Dem Kollegen Max Müller (Zahlstelle Rauen), geboren am 1. September 1900, Mitglied seit Juli 1922, wurde das Mitgliedsbuch, Nr. 1146 063, gestohlen. Sollte es von Unberechtigten vorgezeigt werden, so ist nach den bekannten Vorschriften zu verfahren.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Lauenburg a. d. Elbe: Hermann Enkelmann, Buch-Nr. S II 472 689, Martha Schmalfeld, Buch-Nr. 1107 064; Wittenberg b. Halle: Heinrich Schöach, Buch-Nr. S II 790 510; Elmshorn: Otto Diercks, Buch-Nr. 1110 269, und auf Grund des § 14 Ziffer 3a und d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Leer i. Ostfriesland: Berfus Gans, Buch-Nr. 889 989.

Literarisches.

„Narz: Das Kapital“, das seit Jahrzehnten wichtigste Buch der modernen Arbeiterbewegung, wird als Organisationsangelegenheit der Verlagsanstalt des WVAWG in einer mobilisierten, auf ausgearbeiteter, neugelegener Ausgabe veröffentlicht. Der erste Band „Der Produktionsprozeß des Kapitals“ liegt vor. (Preis 2,50 Mk.) Er umfaßt 708 Seiten und ist mit einer längeren Einleitung von Karl Kautsky versehen, die eine wertvolle Anleitung zum Studium des Buches gibt. Es ist außerordentlich zu begrüßen, daß dieses Werk, das die theoretischen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung enthält, jetzt endlich zu einem Preise zu haben ist, der auch den Unbemittelten die Anschaffung ermöglicht.

Chemische Industrie

Explosionsunglück in der Sprengstofffabrik Stadeln.

Am Montag, dem 23. Mai d. J., explodierte in der Sprengstofffabrik Stadeln bei Fürth ein Trockenhaus, wobei der 58jährige Arbeiter Joseph Brütting so schwer verletzt wurde, daß er auf dem Wege zum Krankenhaus starb. Brütting war seit 29 Jahren in dem Betrieb beschäftigt und wird von der Firma als zuverlässiger Arbeiter bezeichnet. Er gehörte seit 24 Jahren unserem Verband als Mitglied an. Um ihn trauern seine Witwe und Kinder. Unternehmer und bürgerliche Gesellschaft stehen solchen Unglücksfällen fatalistisch gegenüber, weil sie Explosionen in der Sprengstoffindustrie als unabwendbar betrachten.

Unglücksfälle ähnlicher Art sind in diesem Betrieb nicht selten. Am 2. April 1931 erfolgte in einem Mischhaus eine Explosion, bei der zwei Arbeiter getötet wurden, während am 20. Februar 1930 bei einer Explosion von Stiftpatronen neun Arbeiterinnen verletzt wurden. Die Ursachen waren nicht festzustellen. Auch das jetzige Unglück kann sich angeblich niemand erklären. Bei der Explosion am 2. April 1931 soll nach Ansicht der Firma ein zu Tode gekommener Arbeiter für die Explosion verantwortlich sein, während die Arbeiter angeben, daß zwei Explosionen wahrnehmbar waren, die erste leichter, die zweite schwerer, woraus zu schließen ist, daß die erste Explosion im Mischstieb erfolgte, wodurch dann das Lager entzündet wurde, wobei die beiden Arbeiter zu Tode kamen. In dem weiter zurückliegenden Unglücksfall vom 20. Februar 1930 waren Mädchen mit der Revision von Stiftpatronen beschäftigt, die nur ausnahmsweise hergestellt wurden. Sobald auf einen Stift ein leichter Druck ausgeübt wird, kommt die Patrone zur Explosion. Ein Mädchen hatte damals einen Karton Patronen auf den Tisch geschüttet, worauf die Explosion erfolgte. Dieser Unglücksfall kann also auf mangelhafte Instruktion der Arbeiterinnen über die Handhabung der Stiftpatronen zurückgeführt werden.

Weite Kreise unseres Volkes beschäftigen sich mit der Ergründung und Erweiterung des Arbeiterschutzes. Die Erfolge dieser Arbeit bleiben so lange unwirksam, wie in den Betrieben der Sprengstoffindustrie das Leben der Arbeiter nur als Arbeitsinstrument gewertet wird, und das ist heute allgemein der Fall.

Aus dem Betrieb selbst wird uns berichtet, daß infolge Rationalisierung und Technisierung die Leute immer mehr zur Arbeit angezogen werden und daß bei dem scharfen Arbeitstempo die nötige Aufmerksamkeit ausgeschaltet wird. Wir müssen angeichts dieses Unglücksfalls wiederum die Forderung erheben, daß in der Sprengstoffindustrie die Alkohol- und Pensionsarbeit gesetzlich verboten wird, weil diese Arbeitsweise sich als menschenmordend erwiesen hat. **W. Haupt.**

Die gegenwärtige Lage der Stickstoffindustrie.

Die ungeheure Wirtschaftskrise, die in den letzten Jahren zahlreiche Rohstoffindustrien erfaßt hat, hat in fast gleichem Maße auch die Produktionsstätten getroffen, die ihrem ganzen Wesen nach auf Massenproduktion eingestellt sind, die nur ausgenutzt werden können, wenn die Betriebsanlagen möglichst reiflos produzieren können. Eine typische Industrie dieser Art ist die Stickstoffindustrie, die namentlich im Kriege und in der Nachkriegszeit in allen Ländern der Welt eine ungeheure Steigerung erfahren hat. Diese Betriebe, die für ein großes Zukunftsprogramm zugeschnitten waren, sind von der Wirtschaftskrise teilweise schwer betroffen. Gewaltige Kapitalien sind hier investiert, Hunderte von Millionen Mark sind festgefroren, so gut wie verloren. Die Erzeuger von künstlichem Stickstoff, aber auch die Produzenten von Natursalpeter führen national und international einen verzweifelten Kampf ums Dasein.

Der Absatz von Stickstoffdünger ist in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. Stickstoffgewinnung und -verbrauch haben sich wesentlich verschoben. Eine Aufstellung der englischen Produzenten von schwefelsaurem Ammoniak für das Düngejahr 1930/31 zeigt für die Welt folgendes Bild:

(In Meter-Tonnen auf Reinstickstoff berechnet.)

Gewinnung von	1928/29	1929/30	1930/31
Ammoniumsulfat als Nebenprodukt	376 000	424 440	359 594
Synthetischer Ammoniumsulfat	485 000	442 100	349 087
Ammoniumsulfat zusammen	861 000	866 540	708 681
Kalkstickstoff	210 000	263 800	200 932
Kalksalpeter	136 000	130 500	110 525
Sonstige synthetische Stickstoffverbindungen	365 000	427 300	393 150
Sonstige Nebenproduktverbindungen	51 000	51 400	30 949
Chileisalpeter	490 000	464 000	250 000
Gesamtproduktion	2 113 000	2 203 540	1 694 288
Verbrauch an Industriestickstoff	1 452 630	1 586 904	1 377 000
Verbrauch an Chileisalpeter	419 540	363 893	244 305
Gesamtverbrauch	1 872 080	1 950 797	1 621 300
Landwirtschaftlicher Verbrauch	1 684 000	1 750 000	1 455 005

Diese Zusammenstellung zeigt, daß es, trotzdem wesentliche Produktionseinschränkungen vorgenommen wurden, doch nicht möglich war, den Rückgang in der Stickstoffgewinnung der letzten beiden Jahre wieder aufzuholen bzw. einen Ausgleich mit dem Verbrauch herbeizuführen. Die Weltvorräte sind weiterhin ganz beachtlich gewachsen, und zwar im letzten Düngejahr allein um 73 000 Tonnen Reinstickstoff. Der Produktionsüberschuß betrug im Düngejahr 1928/29 255 000 Tonnen, im Düngejahr 1929/30 253 000 Tonnen.

Durch das Fortfallen der internationalen Stickstoffvereinbarungen im Sommer 1931 hat sich die Lage in der Stickstoffindustrie weiter verschärft. Da keine Bindung mehr besteht, produziert jeder ins Blaue hinein. Der Konkurrenzkampf wird mit allen Mitteln geführt, in vielen Ländern wird dieser Kampf durch staatliche Anwendungen an die Betriebe unterstützt, so in den Vereinigten Staaten, in England, Frankreich, Italien und anderen. Jedes Land versucht das

andere zu unterbieten; so bietet Holland jetzt schon schwefelsaures Ammoniak zu 60 Mk. die Tonne an. Welche Unterschiede in den Preisen bestehen, kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß in Deutschland die Tonne schwefelsaures Ammoniak etwa 160 Mk. kostet. Wenn Deutschland im internationalen Preiskampf mit konkurrieren will, dann werden die Auslandspreise für deutschen Stickstoff jedenfalls ganz erheblich unter den deutschen Inlandspreisen liegen, es wird so sein, wie in vielen Fällen, daß der Inlandabnehmer die Kampfpolitik der Erzeuger finanziell zu tragen hat.

Die Preise für Stickstoffdünger werden weiterhin belastet durch die nicht ausnützende Kapazität der bestehenden Anlagen. Betriebsstilllegungen in der Stickstoffindustrie sind nicht selten. Am meisten dürften die Anlagen der Bergbauindustrie leiden, da die Kohlenförderung und die Koksproduktion infolge der Wirtschaftskrise sehr stark nachgelassen haben und die Anlagen erst in den letzten Jahren mit erheblichen Kosten errichtet wurden.

In Deutschland hat die Stickstoffzeugende Industrie trotz der Wirtschaftskrise erfolgreiche Versuche gemacht, um ihre Betriebe in Gang zu halten. Es ist gelungen, in den europäischen Absatzgebieten in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres den Absatz mengenmäßig zu vergrößern. Der Verkauf nach den ostasiatischen Ländern leidet infolge der kriegerischen Auseinandersetzungen. Der Absatz in deutschem Stickstoffdünger auf Grund der Ausfuhrergebnisse des Deutschen Stickstoffsyndikats zeigt folgende Entwicklung:

Ausfuhr von schwefelsaurem Ammoniak aus Deutschland.

Januar—April 1932	Januar—April 1931
in Doppelztr. in Mill. RM.	in Doppelztr. in Mill. RM.
1 279 354	1 602 322
11,9	28,9

Die Bezugsländer Deutschlands waren folgende:

	Januar—April 1932	Januar—April 1931
	in Doppelzentner	in Doppelzentner
Dänemark	83 092	46 514
Holland	120 409	91 654
Spanien	339 884	132 353
China	257 150	295 338
Japan	364 444	693 268
Niederländisch-Indien	66 998	224 683
Philippinen	35 014	33 600

Am schwersten getroffen ist von der Wirtschaftskrise die chilenische Salpeterindustrie, die in den letzten Jahren gewaltige Anstrengungen gemacht hat, um den Konkurrenzkampf gegen den künstlichen Stickstoff zu bestehen. Das ist jedoch nur zum Teil gelungen. Trotz stärkster Vertrauung und Nachzusammenballung der chilenischen Salpeterindustrie konnte der Absatz mit der Erzeugung nicht annähernd in Einklang gebracht werden. 2,75 Millionen Tonnen Salpeter liegen heute in Chile vorrätig, die genügen würden, um ohne Neuproduktion 18 Monate lang den ganzen Weltbedarf zu decken. Durch Rationalisierung und andere Maßnahmen sollen die Unkosten in allen Betrieben Chiles um 52 Prozent gesenkt worden sein. Trotzdem sind Betriebsverluste von etwa 32 000 englischen Pfund eingetreten.

Es besteht wenig Hoffnung, daß diese Absatzkrise auf dem Stickstoffdüngemarkt in der nächsten Zeit behoben wird. Die Krise der Landwirtschaft scheint aller Voraussicht nach in der nächsten Zeit nicht überwindbar. Sie wäre aber die Voraussetzung zu einer Überwindung der Absatzkrise der oben genannten Industrie. Unter normalen Wirtschaftsverhältnissen ist auf Jahre hinaus die Möglichkeit gegeben, gewaltige Mengen von Stickstoffdünger abzugeben, da nach dem heutigen Stande unserer landwirtschaftlichen Produktion und auch der in anderen Ländern die Möglichkeiten der künstlichen Düngung bei weitem nicht ausgenutzt sind. **K. Seeger.**

Papier-Industrie

Autarkie.

Unter Autarkie versteht man die vollständige wirtschaftliche Selbständigkeit im nationalen Rahmen eines Staates. Der autarke Staat ist also von der Zufuhr ausländischer Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate ebenso unabhängig wie von der Lebensmittelfuhr und dem Import ausländischen Kapitals. Dem Ziele des autarken Staates steuert programmatisch am stärksten die Nationalsozialistische Partei zu, die durch hohe Zölle Landwirtschaft und Industrie vom Auslande unabhängig machen und den Bedarf an ausländischem Kapital in Deutschland durch Ausgabe des inflationistischen „Federegels“ decken will. Der Reichslandbund und seine Unterorganisationen verlangen die Autarkie für land- und forstwirtschaftliche Produkte. Sie werden dabei von der Deutschnationalen Volkspartei lebhaft unterstützt. Betrachtet man mit Recht jede zollschutzpolitische Forderung als autarke Bestrebungen, so sehen wir fast alle bürgerlichen politischen Parteien, allen voran aber jene, die den Nationalismus in Erbpacht genommen hat, der Autarkie zusteuern.

Es erscheint deshalb immerhin als ein Ereignis, wenn nationalsozialistische Wirtschaftsführer sich aus Bedenken vor der Autarkie in die Öffentlichkeit, und dann noch dazu in ein den Unternehmern doch sonst so verhaßtes demokratisches Tagesblatt flüchten. Diesen Weg hat einer der Führer des größten deutschen Papier- und Zellstoffkonzerns, Herr Dr.-Ing. Hans G o t t s t e i n vom Feldmühlkonzern, beschritten. Daß Herr Kommerzienrat Gottstein nicht nur ein nationaler Mann ist, sondern auch eine nationalsozialistische Persönlichkeit, beweist nicht nur sein Interesse für Gelbe, Stahlhelmer, Nazis, für die nationalsozialistische Sportschule in Märow, sondern auch die gewissenhafte Registrierung seines Namens als Mitglied der Harzburger Front durch die Hugenbergische Telegraphenunion. Wir sind deshalb in Deutschland schon tief gesunken, wenn eine so nationalsozialistische Persönlichkeit zur Vertretung ihrer Konzerninteressen in die „jüdische Appelpresse“ flüchten muß. Im „Berliner Tageblatt“ vom 10. April 1932 schildert Gottstein in einem „Absperrung ist immer Rückschritt“ über-

schriebenen Artikel die internationalen Hochschulzollbestrebungen, den Währungsverfall einiger Staaten, den Zusammenbruch des Weltmarktes und kommt zu dem Ergebnis, daß unter diesen Ereignissen „auch in Deutschland immer mehr die Auffassung entstand, daß man sich vom Welt-handel trennen und eine autarkische Wirtschaftsform herbeiführen müsse“.

Nun sollte man meinen, daß sich Herr Gottstein gegen die Politik seiner nationalsozialistischen Freunde wenden würde, die doch ganz offen autarke Ziele verfolgen. Weit gefehlt! Mit Professorengeist predigt Herr Dr. Gottstein den Ausländern:

„Hoffentlich dient die „Weltwirtschaftskonferenz Berlin 1932“ dazu, den Vertretern der anderen Länder klarzumachen, daß eine derartige Entwicklung in einer Zeit der weltwirtschaftlichen Verpflichtung unter allen Umständen einen Rückschritt bedeuten würde, selbst wenn für einzelne Länder aus einer derartigen Politik gewisse Erleichterungen entstehen würden.“

Warum richtet Herr Dr. Gottstein diese Aufforderung nicht zuerst an seine nationalsozialistischen Parteifreunde in Deutschland? Nur der hat ein Recht, die autarkischen Bestrebungen des Auslandes zu bekämpfen, der auch im Inlande den Mut zur Freihandelsbekennung findet! Oder glaubt Herr Doktor Gottstein, daß man in Deutschland ungestraft autarkischen Parolen nachlaufen darf und doch das Recht hat, sich als Freihandelsapostel dem Auslande gegenüber aufzuspielen, weil man aus Konzerngründen auf die weitestgehende Ausfuhr seiner Erzeugung angewiesen ist?

Die Forderung der Zellstoffindustrie nach Ausgleichszöllen wurde von der Reichsregierung wegen der daraus folgenden handelspolitischen Wirkungen abgelehnt. Dafür ist die Reichsregierung den Zellstofffabrikanten dadurch entgegengekommen, daß sie unter Ausschaltung der Landesfinanzämter die Devisenzuteilung durch die Berliner Devisenbewirtschaftungsstelle zentral regelte, wodurch den Papierfabriken ohne Zellstoffbasis der Bezug ausländischen Zellstoffes außerordentlich erschwert wird. Die Papierfabrikanten führen diese Maßnahme dem Einflusse des Zellstoffsyndikats auf das Reichswirtschaftsministerium zu. In einem Schreiben einer der größten deutschen Papierfabriken wird deshalb der Vorwurf der staatlichen Begünstigung zugunsten des Zellstoffsyndikats erhoben und festgestellt, daß „das Preisdiktat und die scharfen Zahlungsbedingungen des Zellstoffsyndikats kaum in Einklang zu bringen sind mit den übrigen in der deutschen Wirtschaft bestehenden Preisbildungen und mit den sonst üblichen Zahlungsbedingungen“.

Vergleicht man die internationale Preisbildung auf dem Zellstoffmarkt, dann haben diese Vorwürfe den Schein der Berechtigung:

Preise in RM je 100 Kilo Ende März 1932

Staaten	Sulfithellulose	
	gebleichte	ungebleichte
	ohne Zoll	mit Zoll
Deutschland	22,75	20,25
Tschechoslowakei	20,—	16,—
Schweden	14,—	11,50

Die Preisgegenüberstellung ergibt, daß die ausländischen Zellstoffpreise bei gleicher Qualität einschließlich des deutschen Einfuhrzollens noch wesentlich unter den deutschen Syndikatspreisen liegen.

Im übrigen hat die deutsche Zollpolitik gerade in den Staaten, die zu den besten Abnehmern deutscher Industrieprodukte gehören, die schärfsten Abwehrforderungen hervorgerufen.

So hat sich in Holland, das auch für die Papiererzeugungsindustrie als Abnehmer von großer Bedeutung ist, ein besonderes „Komitee für ökonomische Abwehr“ gebildet. Anfang Mai 1932 hat dieses Komitee der holländischen Regierung ein Manifest übermittelt, in dem festgestellt wird, daß im Jahre 1931 Holland aus Deutschland für 620 Millionen Gulden, dagegen Deutschland aus Holland nur für 256 Millionen Gulden Waren bezog. Und dieses Komitee verlangt von der holländischen Regierung in sehr entschiedenem Tone: „Kauft Deutschland nicht mehr von uns und sorgt es nicht mehr für geregelte Bezahlung des bei uns Bekauften, dann können wir auch nicht mehr von Deutschland kaufen.“

Der Vorwurf der Holländer wendet sich also nicht nur gegen die deutsche Zoll-, sondern auch gegen unsere Devisenpolitik. Nachdem nun die Lohnpolitik der deutschen Unternehmer zur Erhöhung des wirtschaftlichen Ruins geführt hat, erwartet anscheinend bei einem Teil der Unternehmer die Freihandelsluft, allerdings unter der Swifferparole: Diktatur und Autarkie in Deutschland, Freihandel dagegen im Auslande. Recht bald werden allerdings auch Herr Dr. Gottstein und seine Freunde erkennen lernen, daß die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik seiner politischen Helfer- und Hugenbergfreunde ebenso wie die vom Unternehmertum eingeschlagene Hungerlohnpolitik die deutsche Wirtschaft in noch tieferes Elend reißen muß. **W. S f ü h l e r.**

Arbeitslosigkeit am 1. April 1932.

Weltarbeitslosigkeit (geschätzt)	25 000 000
Deutschland	6 034 100

Arbeitslose in der Papierindustrie am 1. April 1932.

Industrie	Arbeitslose	Steigerung in % gegenüber dem Vorjahre
Papier	59 747	38,6
Bervielfältigung	54 993	50,3
Alle Industriezweige und Landwirtschaft	6 034 100	27,2

Von 100 Arbeitskräften waren beschäftigt:

Papierherstellung	62,8
Papierverarbeitung	47,4
Druckgewerbe	61,6
Gesamtindustrie Deutschlands	49,4

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Unilin

22. Fortsetzung.

Ein großer Teil, und zwar war es wieder der Teil, der auch vor dem Kriege abseits stand, mißbrauchte die neue Freiheit. Es waren die Arbeiter von der Sorte Bastians, die vorher ihre „Schoppen bliesen“ und sich keinen Reim um ihre Lage und Klasse kümmerten. Diese lobten erst einmal ihr wildgewordenes Spektakel aus, ließen ihren primitiven Instinkten freien Lauf. Für sie war Freiheit gleichbedeutend mit zügelloser Befriedigung ihrer eigenen, splitternackten Selbstsucht.

Andere dagegen, besonders die Frauen, warfen ihre Freiheit mit dem Stimmzettel wieder vor sich, indem sie die Feinde der neuen Ordnung erneut in die politische Arena zurückriefen. Sie taten das nicht bemerkt, sondern teils aus Unkenntnis, teils weil man ihnen sagte, daß die durch das Stahlbad gelockerten Fundamente der Kirche mit dem Stimmzettel wieder fest untermauert werden müßten. Neue religiöse Kulturgüter mußten wieder geschaffen werden, nachdem die alten unter dem Segen der Kirche zerschossen und verfaßt und in die Luft gesprengt wurden.

Das Tragische aber war, daß diejenigen, die unter der zum Jammergeborenen Ordnung so tapfer für eine neue Ordnung kämpften, ebenfalls mit ihrer politischen Freiheit nichts anzufangen wußten. Sie standen mitten in den Trümmern der alten Ordnung, hilflos, wie Kinder vor einem zerbrochenen Spielzeug. Statt mit vereinter Kraft den Schutthaufen wegzuräumen, stritten sie sich darum, wer den Zusammenbruch verursacht hatte. Sie warfen einander ihre Schuld vor, trotzdem doch keiner von ihnen schuld war und die Schuld deutlich genug auf den Kainsfirnen jener geschrieben stand, die die Völker in der blutbefleckten Arena ihres Geldlacks geopfert hatten. Sie stritten sich um die Befehle der Vorposten und Gelbwachen, um die Marschrichtung, die nun angetreten werden sollte, während die feindlichen Positionen noch mitten unter ihren Gelbwachen standen. Banken, Börsen, Kartelle, Trusts, Syndikate, Aktiengesellschaften waren solche Positionen, die unter allen Umständen von der Arbeiterklasse hätten erobert werden müssen. Nur eine radikale Umstellung der kapitalistischen Warenproduktion, der privaten Geldwirtschaft in sozialistische Gemeinwirtschaft hätte die Macht und die Freiheit der Arbeiterklasse vervollständigt.

So aber erklärten die einen, es gäbe noch nichts zu sozialisieren, die anderen wollten die wirtschaftliche Macht mit den Mitteln der Gewalt an sich reißen. Zuletzt wurden die Meinungsverschiedenheiten mit der Waffe in der Hand ausgetragen. Arbeiter standen gegen Arbeiter auf den Barrikaden, bis eines Tages etwas Furchtbares, Schreckliches geschah.

Sie, die tapferen Kämpferin, sie, die die Arbeiterklasse rechtzeitig gewarnt hatte, die ihre eigene persönliche Freiheit der Freiheit der Arbeiterklasse geopfert hatte, lag erschlagen in irgendeinem Gefängnisgefängnis.

„Ohne eure Einigkeit, eure Geschlossenheit und Solidarität werdet ihr niemals in den Besitz eurer politischen und wirtschaftlichen Freiheit gelangen“, hatte ein Redner schon vor fünfundsiebzig Jahren gesagt. Die Arbeiter hatten es trotzdem nicht gelernt. Und die Führer hatten es über der Befehle der Vorposten und Vorposten vergessen.

Während dieser Zeit kämpften die Kapitalisten um die Herkulesfäule der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Denn mit ihrer politischen Freiheit hatten die Arbeiter noch lange nicht ihre wirtschaftliche Freiheit errungen. Nur eine Chance hatten sie gewonnen. Diese stand jetzt gleich für beide. Jetzt ging es um die Herkulesfäule, die kapitalistische Wirtschaft.

Die Kapitalisten wußten das besser als die Arbeiter. Sie wußten auch, daß sie in offenem Kampfe auf freier politischer Plattform von den Arbeitern geschlagen werden konnten. Deshalb verlegten sie ihre Kampfhandlungen in die verschützten Stellungen ihrer wirtschaftlichen Panzerwerke, in die Börsen, Banken, Kassenschränke und Bankstühle. Von hier aus führten sie ihre Herkulesfäule von allen Seiten mit den scharfgeschliffenen Stahlstreben der bürgerlichen Presse. Eine dieser Streben entziehen sie sogar von der neuen Ordnung. Es war die Pressefreiheit. Mit Freude schürten sie das glimmende Feuer des Haders und der Uneinigkeit unter der Arbeiterklasse. Während sich diese um die Marschrichtung balgte, legten die anderen die Zündschnur an die Freiheitsfäule, die sie durch einen geheimen Kontakt mit den Banken, Börsen und Kassenschränken verbanden. Wurde dieser angelöst, dann mußte die Zündschnur langsam aber sicher die mit dem Sprengstoff des Haders, des Bruderkampfes gefüllte Freiheitsfäule zur Explosion bringen. Dann würden sie ihren kapitalistischen Turm schon mit einem neuen massiveren Fundament untermauern. Dann würden sie die Fundamente ihrer wiedereroberten politischen Macht nicht mehr auf den wackeligen Spitzen der Bajonette ruhen lassen, sondern auf dem Felsblock des ungeschwankten Profits.

Und dann würden sie den Arbeitern die Ketten schon fester schmieden.

Peter Gogler war unter den Glücklichen, die die Front nicht erschlagen hatte. Freilich war er auch nur als halber Mensch zurückgekommen. Die Folgen eines schweren Ausschusses ließen sich nie ganz überwinden. Und was in seiner Seele zerronnen war, würde kaum mehr wieder repariert werden können. Aber er war wieder zu Hause.

Eine mehrtägige Freude kam über ihn, als er seiner Frau die Hand drückte. Sie sah leicht und verjährt aus. Um ihren Mund hatten sich wäde, vergränte Falten gelegt. In ihren Augen glänzte ein glückliches Lächeln, das aber mehr einem schmerzlichen Weinen glich. „Du bist groß geworden, schon ganz groß“, begrüßte sie ihn herzlich.

„Und du guckst die Sorgen aus den Augen, du Sorgenwäckerchen“, erwiderte er lachend. Dann sagte er die Hand seines Armes mit einem festen Griff. „Junge“, sagte er zu ihm, „als ich fort mußte, reichte der Sohn dem Vater die Hand zum Abschied. Heute, Rudolf“, und er sah ihm fest in die Augen, „heute drückt der Mann dem Mann die Hand. Das soll mein Dank sein für dich.“

Rudolf erwiderte den Händedruck seines Vaters mit einem festen Griff. „Der Herr Direktor“, begann Peter, „hat uns über die Maßnahmen unterrichtet, die durch die Umstellung des Betriebes erforderlich werden. Soweit technische Mittel in Frage kommen, ist er unserer Zustimmung gewiß. Auch wir halten den Aufbau der Betriebe sowie der Gesamtwirtschaft für notwendig. Aber das darf nicht auf Kosten der Arbeiter allein geschehen. Einer teilweisen

„Du bist ein alter Knacker, Mehl. Ich halt ein Viertelchen Limburger weniger“, spöttelte dann der Kassierer, während er ihm die Marken ins Buch klebte.

„Aber was will er machen. Wann mer unter den Wolf is, muß mer mit'n heile.“

„Du bist ein alter Knacker, Mehl. Ich halt ein Viertelchen Limburger weniger“, spöttelte dann der Kassierer, während er ihm die Marken ins Buch klebte.

„Aber was will er machen. Wann mer unter den Wolf is, muß mer mit'n heile.“

Roman von Fritz Molinar

notwendige Überstunden wurden 25 Prozent vergütet. Ebenso hatte sich der Stundenlohn beträchtlich erhöht. Allerdings war auch die Löhnerung in erschreckendem Maße fortgeschritten. Die Gewerkschaften hatten sich den Betrieb erobert. Zeitungen wurden verteilt, sogar die Mitgliedsbeiträge durften kassiert werden. Da war fast keiner mehr, der nicht organisiert war. Selbst der alte Schotisch und Mehl, Stephans Kollege, hatten sich dem Fabrikarbeiterverband angeschlossen. Mehl kränkte die Beiträge ja bis in die Seele hinein. „Das Geld kränkt mich noch zu Tod, grad brauche könnt ich's jezt“, lamentierte er immer, wenn der Verbandskassierer kam. „Aber was will er machen. Wann mer unter den Wolf is, muß mer mit'n heile.“

„Du bist ein alter Knacker, Mehl. Ich halt ein Viertelchen Limburger weniger“, spöttelte dann der Kassierer, während er ihm die Marken ins Buch klebte.

Auch Strohmann war organisiert. Natürlich bei einer christlichen Gewerkschaft.

Der Arbeiterausschuß vertrat die Arbeiter in allen Angelegenheiten vor der Direktion. Soviel Rechte hätten sich Peter und seine Freunde nicht im Traume vorgestellt.

Der Arbeiterausschuß wirkte mit bei Einstellungen und Entlassungen, setzte die von der Direktion eine neue Arbeitsordnung durch, regelte die Überstunden und die Vergütungen dafür, überwachte die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften, sorgte für Einhaltung der Tarifverträge, schaffte das Akkord- und Prämienwesen ab und erledigte hundert andere Angelegenheiten der Belegschaft. Dazu gehörten Verantwortung und bestimmte Kenntnisse der Arbeits- und Sozialgesetzgebung.

Im Nachraum begegnete Peter dem kleinen, quecksilbrigen Mann, der seinerzeit mit Strohmann die Blätter verteilte. Wie der ihn sah, stürzte er auf ihn zu, schüttelte ihm die Hand und beteuerte dabei wiederholt: „Ich bin auch sozial, Gogler, ich bin auch sozial!“

Sonst sah es recht trüb aus unter den Arbeitern. Alle waren heruntergehungert, Elend und Armut hatten ihre Furchen in jedem Gesicht hinterlassen. Der alte Schotisch war vollständig abgemagert. Und wie viele kehrten nicht mehr heim. Die lagen draußen auf irgendeinem Friedhof oder in irgendeinem Granatloch vor Verdun, an der Somme und an anderen Kampfplätzen. Auch Plagmeister Jürgens hatte das Ende des Krieges nicht mehr erlebt.

Gleich am ersten Tage stellte der Vertrauensmann der Füllerei, Michel Rehborn, dem Peter einen Aufnahmeschein für den Verband zu.

Peter zog mit einem überlegenen Lächeln sein Verbandsbuch aus der Tasche. Michel Rehborn war etwas überrascht und meinte: „Mensch, dann warst du der einzige, der hier auf dem Farbenlager vor dem Kriege organisiert war!“ Er war erst während des Krieges in die Fabrik gekommen, sonst hätte er Peter sicher gekannt.

Am nächsten Tage mußte eine Erziehung zum Arbeiterausschuß vorgenommen werden, weil einer in den Sack gehauen hatte. Unter den Vertrauensmännern waren viele, die Peter schon vor dem Kriege kannten. Auf ihren Vorschlag wurde er in den Ausschuß gewählt.

Bald gab es Arbeit für Peter, der Betrieb R 2 revoltierte. Die Arbeiter wollten die Arbeit nicht aufnehmen. Als er den Raum betrat, stand die gesamte Belegschaft schwabend und schimpfend beisammen. Oben auf einer Bänke stand der Vertrauensmann Mannhart und hielt eine Ansprache: „Ich hab ihm schon dreimal einen Aufnahmeschein gegeben. Er hat ihn nicht ausgefüllt. Alle anderen sind organisiert, hab ich gesagt, sagt ich, bloß du nicht. Wenn du nicht in den Verband gehst, sagt ich, hab ich gesagt, dann wirst du leben, was passiert. Wir tun da auch noch ein Wort mitreden, hab ich gesagt, sagt ich. Die Kollegen, sagt ich, hab ich gesagt, werden beschließen, daß sie nicht mehr mit dir arbeiten tun.“ Mannhart hatte sich ganz in Eifer geredet.

Peter drängte sich vor. Er hatte die Situation schon erfasst. Kam, daß er seinen Augen traute. Da stand klein und ängstlich der Bastian, denn er war es, der sich nicht organisieren wollte. Er war wirklich der Letzte, wie er einmal sagte, der nicht in den Verband ging.

„Kollegen“, rief Peter in den Arbeiterhaufen, „geht an eure Arbeit! Das hat keinen Zweck hier. Und du, Bastian, füllst einen Aufnahmeschein aus! Hier, versprich es vor der Belegschaft!“

„Ja, ja, ich will es schon tun“, beeilte sich Bastian zu sagen. Das wirkte. Alle begaben sich an ihre Arbeit. Den Aufseher Stöppler hatte man während der ganzen Aktion nicht gesehen.

Peter schüttelte nun Bastian die Hand und redete ihm gut zu. „Sei vernünftig, jezt, wo alle organisiert sind, wirst du doch nicht beiseite stehn.“

„Nein, Peter, will ich auch nicht. Ich frene mich, daß du wieder da bist. Aber der hohe Beitrag, ich tu mir sehr weh damit.“

„Ja, Bastian, dann bleib du einige Schoppen weniger in der Woche und dann geht es schon“, erwiderte Peter lachend.

Es stand aber auch wirklich schlimm mit Bastians Familie. Die eine Tochter, die früher immer kränzlich war, hatte sich im Pikirin vollends den Tod geholt. Sie lag krank darnieder und würde nie mehr gesund werden. Die zweite hatte ihm mit ihren achtzehn Jahren etwas Kleines ins Haus gebracht. Man konnte dem jungen Ding keine Schürze geben. Der hohe Akkord in der Munition und der Meister waren schuld.

„Ich begreif es nicht, wie das mit der passieren konnte“, sagte Bastian hastig, „ich begreif es nicht.“ Er haßte noch mehr als vorher. Die schmerzliche Säure und andere Gase hatten seine Lunge ranniert.

„Habe ich es dir nicht früher oft gesagt, Bastian“, erwiderte Peter ernst, „du hästest dich eben mehr um die Bälz kümmern müssen.“

Der Direktor Heroff hatte den Arbeiterausschuß ins Direktionszimmer gebeten. In ihren blauen Arbeitskitteln saßen sie alle um den großen Tisch. Sie waren etwas unruhig. Besonders die, die im Betriebe am lautesten rätzelten, saßen recht kleinlaut aus.

Heroff kam wie früher stracks ins Zimmer und setzte sich wortlos auf seinen Stuhl. Es kam seiner Herrennatur hart an, daß er durch die Verhandlung gezwungen, mit seinen Arbeitern verhandeln mußte, fast wie früher ihnen zu diktiertem. Man merkte es ihm an, daß ihn die Ereignisse innerlich mitgenommen hatten.

„Ich habe Sie rufen lassen“, begann er ohne Rede, „um mit Ihnen die Umstellung des Betriebes zu besprechen. Sie werden selbst aus Ihrer Presse wissen, daß es jetzt in erster Linie darauf ankommt, dem Volke Arbeit und Brot zu verschaffen. Das wird nicht ohne Schwierigkeiten bewerkstelligt werden können. Wir leiden außerordentlich an Kohlenmangel, auch an sonstigen wichtigen Rohstoffen. Die Fabrik verfügt gegenwärtig nur über für mehrere Wochen Kohlen. Da werden Feierschichten nicht zu machen sein. Wirken Sie außerdem in Ihren Kreisen, damit jeder wie früher an seine Arbeit geht. Jezt kommt alles auf den Fleiß und den Arbeitswillen der Arbeiter an. Nur Arbeit kann uns retten, kann das Verlorene auch und nach wieder ersetzen.“ Direktor Heroff besprach dann die Maßnahmen, die er treffen wollte, falls der Betrieb nicht anstreicherhalten werden konnte. „Hat jemand von Ihnen eine andere Auffassung?“ fragte er in die Runde.

Peter Gogler meldete sich zum Wort. Der Direktor fixierte ihn scharf, als er ihm das Wort erteilte.

„Der Herr Direktor“, begann Peter, „hat uns über die Maßnahmen unterrichtet, die durch die Umstellung des Betriebes erforderlich werden. Soweit technische Mittel in Frage kommen, ist er unserer Zustimmung gewiß. Auch wir halten den Aufbau der Betriebe sowie der Gesamtwirtschaft für notwendig. Aber das darf nicht auf Kosten der Arbeiter allein geschehen. Einer teilweisen

Stillelegung, die mit Feierschichten für die Arbeiter verbunden ist, muß der Arbeiterausschuß widersprechen. Die Arbeiter haben nun so viel Opfer gebracht, daß weitere Einschränkungen nicht tragbar für die einzelnen Familien sind. Es muß der Firma möglich sein, für den Übergang Mittel bereitzustellen, die die weitere Beschäftigung garantieren, auch wenn Ausfälle in der Produktion entstehen. Die Mittel sind nach Ansicht des Arbeiterausschusses vorhanden. Wir bitten daher um rechtzeitige Bekannngabe etwaiger Maßnahmen und behalten uns unsere Stellungnahme vor.“ Peter hatte klar und ohne zu stocken gesprochen. „Hat sonst noch jemand etwas zu bemerken?“ Heroff wartete einen Augenblick, dann ordnete er seine Mappe und erklärte aufstehend: „Der Arbeiterausschuß wird selbstverständlich über alle Maßnahmen unterrichtet, bei denen er gesetzlich mitzuwirken hat. Im übrigen muß sich die Direktion ebenfalls freie Hand vorbehalten.“ Damit schritt er mit finsterner Miene zum Sitzungszimmer hinaus.

Es war so, wie Direktor Heroff sagte, die deutsche Wirtschaft war ausgepumpt bis auf den Grund. Es fehlte vor allem an den wichtigsten Nahrungsmitteln. Fleisch, Fett, Öl, Mehl und anderes mußte in riesigen Mengen eingeführt werden. Rohstoffe waren so gut wie gar nicht mehr vorhanden. Die Kohlenbergwerke waren kaum imstande, den notwendigsten Bedarf zu decken. Die Verkehrsmittel befanden sich in völlig heruntergewirtschaftetem Zustande. Dazu kamen die ungeheuren Ablieferungen an die Feindmächte.

Überall, wo man hinsah, Zerrüttung ohne Ende, marastische und wirtschaftliche Trümmertäler, Milliardenschulden, Massenfriedhöfe, eine geistig und körperlich vollkommen unterernährte Nachkommenschaft, das war die Schlussbilanz einer jahrzehntelangen kapitalistischen militärischen Vergangenheit.

Aber noch war die Profitgier der internationalen Kapitalisten nicht befriedigt. Jezt schickten sie sich an, nachdem keiner mehr zu sterben brauchte, die Geschicke des Vaterlandes erneut in ihre so profitbewährte Hand zu nehmen. Sie lösten den Kontakt aus, mit dem sie die Zündschnur um die Freiheitsfäule verbunden hatten.

Geld ist Macht, wirtschaftliche Macht, also muß jezt die wirtschaftliche Macht des Geldes, statt wie früher die der Bajonette, in den Dienst gestellt werden. Darum her mit dem Geld, das das Volk noch in Händen hat. Es galt, diese wirtschaftliche Macht des Geldes in die Hand zu bekommen. Um das zu erreichen, mußte das Volk bis aufs Hemd enteignet werden. Mit Gewalt ging das vorerst nicht, darum arbeiteten hinter den Kulissen die Beamteten des Kapitals. An den Börsen, in den geheimen Beratungszimmern der Bank- und Industriemagnaten wurde der Dolchstoß gegen die deutsche Währung geführt. Gelang diese Operation, dann wurde die Regierung und damit die politische Vertretung der Arbeiterklasse zu Gefangenen der Börsen und großen Banken und, war etwas Glück dabei, winkte am Schluß ein Geschäft, fast so groß, wie das mit Granaten und Munition. Das übrige würde die bürgerliche Presse schon besorgen.

Bereits jezt war sie dabei, das hungrige Volk über die Absichten der Kapitalisten zu täuschen. Nur Arbeit kann uns retten! Das war ihr Feldgeschrei, mit dem die neue Offensive der Kapitalisten zur Ausbeutung des Volkes eingeleitet wurde. In allen Blättern, in tausend Leitartikeln, von allen Rednertribünen, sogar von den Kanzeln, erscholl der Ruf: „Nur Arbeit kann uns retten!“ Die Spielbürger und die, die am wenigsten arbeiteten, nahmen den Ruf auf. Bald hörte man es in allen Mehger- und Bäckerläden, an allen Wertischen wurde es nachgeleiert: „Nur Arbeit kann uns retten!“ In den Witzblättern wurde der Achtsundentag verurteilt. In den Generalanzeigen wurden die Arbeiter als faule Kunden hingestellt, die mit den Händen in den Hosentaschen möglichst hohe Löhne einbeiseln möchten. Bürgerliche Professoren veranfaßten Untersuchungen über die Ursache der Krise in der Arbeitsmoral unter der Arbeiterklasse. Mit allen Mitteln mußte sie gehoben werden. Die Presse der Arbeitgeber bemühte sich krampfhaft um den Nachweis, daß der schematische Achtsundentag den Ruin der deutschen Volkswirtschaft nach sich ziehen mußte. Nur Arbeit kann uns retten! Nur jahrelange, mühsame, opfervolle Arbeit kann Deutschland vor dem endgültigen Zusammenbruch bewahren. Alle Nichtstuer waren so sehr hinterzogen von der Arbeit der Arbeiter, die das Vaterland retten sollten, daß sie selbst zu arbeiten ganz vergessen hatten.

Und die armen, einsässigen Proleten arbeiteten, arbeiteten, arbeiteten wieder. Sie, die jahrzehntelange um den Achtsundentag gekämpft hatten, halfen ihn nun selbst abschaffen. Gesehlich bestand er wohl noch. Aber in den Betrieben wurde er praktisch tagtäglich förmlich aus seinen gesetzlichen Fugen gesprengt. Die Arbeiter arbeiteten zehn, zwölf und mehr Stunden, schmierzten in den Pausen ihre Margarinefüllen, würgten sie mit schwarzem Blümchenkaffee hinunter und arbeiteten weiter. Bis die Unternehmer zum Generalangriff hießen, war der Achtsundentag zum Teil von den Arbeitern selbst schon wieder abgeschafft worden.

Auch in der Fabrik war wieder Ordnung und Fleiß eingekehrt. Die Arbeiter standen wieder an den Schmelzkefeln, Wägen, in den Kesselhäusern und an den Stahlrollen der Leufelmühle. Nicht genug arbeiten konnten sie mehr. Der Hunger nach Farbstoffen mußte befriedigt werden. Die Arbeiter standen bereits wieder mitten in ihrer täglichen Fron. Langsam schlossen sich die ehernen Fesseln der kapitalistischen Warenproduktion erneut um die Körper und auch um die Seelen der Arbeiter, der stets gleichmäßige Trost im Leben eines Arbeiters begann wie der ewige Wechsel von Tag und Nacht aufs neue. Die Fabrik glich einem Ameisenhaufen, der von einer rohen Menschenhand gefürt wurde und in dem die Arbeitskriecher den Schaden wieder gutmachen mußten.

Wäre der Fremde von einer anderen Erde wiedergekommen, er hätte sich noch mehr gewundert, wie schnell die Helden wieder zu armen, schmutzigen, hungrigen Fabrikproleten degradiert wurden.

An einem schönen Sommertage flog eine schreckliche Kunde durch die Fabrik. Wie ein Schrei gellte es von Betrieb zu Betrieb: „Erzberger ermordet!“

Das war der Mann, der das Ziel der Kapitalisten durchschaut hatte, der ihnen einen gesetzlichen Riegel vorgehoben hatte. Dieser Mann hatte gesagt: „Nach der Verabschiedung dieser Finanzgesetze darf es in Deutschland keine Millionäre mehr geben!“

Das war also die neue Gefahr, die viel schwerer ins Gewicht fiel, als die friedliche Revolte im November 1918. Der Mann legte Hand an die Herkulesfäule der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Da mußte rasch gehandelt werden. Mit einem Ruck mußte diese Gefahr beseitigt werden. Die kapitalistische Presse, sie nannte sich die nationale Presse, brüllte feurio! durchs ganze Land. In Grund und Boden wurden die Steuergesetze dieses Mannes verdammt. Die niederten Instinkte im Menschen wurden dagegen alarmiert. Wenn dann ein verheßter, irreführender Mensch aus einem Ruck einen Revolver schuß macht, was geht das die Geldmänner in den Fabriken, Banken und Börsen an? Die waschen immer ihre Hände in Unschuld.

Die ganze Fabrik war vor Aufregung außer Rand und Band. Der Arbeiterrat rief die Organisation an. Von dort kam die Mitteilung, daß die Gewerkschaften mit der Parteileitung einen sofortigen Proteststreik beschlossen hätten.

Peter Gogler, als Vorsitzender des Arbeiterrates, rief den Hörer vom Telefon und verständigte die Direktion, daß die Arbeiter in den Proteststreik treten würde. Eine Viertelstunde später gellte das Fabriksignal. Die gesamte Belegschaft zog lärmend und unter Protestrufen durchs Fabriks. In einem langen Zuge, dem sich die Arbeiter anderer Fabriken anschlossen, marschierten sie zum Versammlungsplatz. Die Arbeitermassen waren bis ans äußerste gereizt. Immer erschollen Rufe aus dem Zug wie: „Nieder mit den Wörtern!“ „Nieder mit dem Kapitalismus!“ „Nieder mit der Reaktion!“

(Fortsetzung folgt)